

Politix

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

Kultur & Politik

INHALT

<u>Zum Thema:</u>	Paradigmen des Antirassismus	04
	Cultural Studies	06
	Talkshows - Medien der deliberativen Demokratie?	08
	Strategien einer Politik der Sprache	11
	“Bitte liebt Österreich”	12
	Im Gespräch mit www.t0.or.at	14
	Problemlöser Grasser	16
Aktuell:	“Wettlauf zwischen Schwert und Schild”	18
	Anmerkungen zu den Prozessen gegen Anton Pelinka	21
	Der europäische Werte-Warentest	22
	Studienrichtungsvertretung - was bedeutet das?!	24
Intern:	Hört aus zu studieren, fangt an zu begreifen!	26
	Fiona Rukschcio <common places> A1999	28
	Mag.a phil - und tschüss?	30
	Kommentar “Voll getroffen”	32
	Praktikumsführer	32
	Gastprof. Marina Calloni - ein Porträt	33
	<u>Briefwechsel</u> : KZs im Kosovo und Anderswo	34
	<u>Briefwechsel</u> : Wie man (sich) eine Debatte verbietet	35
	<u>Briefwechsel</u> : NS-Relativierung und Begriffspräzision	36
	<u>Briefwechsel</u> : “Nie wieder Krieg!” - “Nie wieder Auschwitz!”	37
Service:	Rezension	38
	Büchertipps	39
	Diplomarbeiten SS/2000	40

*Liebe Leserinnen
und Leser,*

Als wir uns im Juni dieses Jahres auf den Schwerpunkt dieser Ausgabe des Politix einigten, wußten wir so wenig wie Frau Bundesministerin Elisabeth Gehrler von den eventuell schon damals geplanten Maßnahmen zu Studiengebühren und Bildungsraubbau zwecks Budgetsanierung. Von daher könnte man annehmen, unser Schwerpunkt mit dem Thema “Kultur und Politik” sei nicht aktuell. Der Artikel über den “Problemlöser” Grasser und die Metapher der “sozialen Treffsicherheit” werden uns jedoch schnell vom Gegenteil überzeugen. In bewußter Verwendung der Metaphern konstatieren wir als Politix-Redaktion: Die Treffsicherheit der geforderten Studiengebühren reduziert sich auf die soziale Gruppe der StudentInnen. Für diese budgetpolitische Problemlösung des Finanzministers findet sich kein einziges bildungspolitisches Argument. Ein Interview mit public netbase zeigt die Auswirkungen der Budgetsanierung im Kulturbereich. Weitere Analysen unseres Schwerpunktes zum Zusammenhang von Kunst und Politik, der politischen Auswirkungen von Begriffssetzung und -besetzung, zu Cultural Studies und zu Paradigmen des Antirassismus spannen einen weiten aber deshalb nicht weniger spannungsreichen Bogen.

In unserer Rubrik “Intern” findet sich diesmal ein Briefwechsel zu politischer Sprache, konkret zur Frage, ob und wann die Verwendung der Begriffe “Konzentrationslager” und “Völkermord” zur Beschreibung gegenwärtiger Verbrechen als NS-Verharmlosung gesehen und ob sie noch zu anderen Zwecken instrumentalisiert werden kann. Aktuelles und Wissenswertes bringt dieses Heft über das Verfahren gegen den Politikwissenschaftler Anton Pelinka sowie die Grundrechts-Charta und Institutionenreform der Europäischen Union.

Impressum

HerausgeberIn:
Institut für Politikwissenschaft (ipw)
MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1090
Wien, Währingerstr.17
Redaktionsteam:
Fillafer Franz, Hölzl Julia, Kreisky Eva,
Luksch Luise, Mayer Stefanie, Oberbauer
Max, Purkarthofer Petra, Sauer Birgit,
Schulze Michael K., Windbichler
Katharina, Zahradnik Katharina
Kontakt: Birgit Sauer
ipw, 1090 Wien, Währingerstr.17
T: 4277-47712, F: 4277-47719,
e-mail: birgit.sauer@univie.ac.at
Layout: Luise Luksch
Cover: Susanne Wegscheider, com_unit,
Agentur f. Kommunikation
Herstellung:
Bank Austria
Auflage: 1800 Stück
Erscheinungsweise: 2x/Jahr
Offenlegung gem. §25 MedienG.:
MedieninhaberIn ipw, 1090 Wien,
Währingerstr.17
Blattlinie: Politix informiert über insti-
tutsbezogene Aktivitäten, sowie über
aktuelle Entwicklungen in der
Politik.Wissenschaft

Schließlich wollen wir noch auf die Namensänderung der Fakultät hinweisen: Die GRUWI heißt nun Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften.

Ihr Redaktionsteam Politix
Wien, November 2000

Paradigmen des *Antirassismus*

Von Hans Pühretmayer

In rassismus-kritischen Initiativen wird viel über "AusländerInnen", über und auch für MigrantInnen gesprochen, aber es wird ihnen nur selten das eigene Wort ermöglicht. Ausgrenzung basiert aber nicht nur auf der Verweigerung des Zugangs zu ökonomischen, politischen etc. Positionen, nicht nur auf Entrechtung und Illegalisierung, sondern zugleich stets auch darauf, diesen "materiell" diskriminierten Gruppen und Individuen ihre eigene Sprache zu nehmen, ihnen das "Sprechen im eigenen Namen" zu versagen. Ein national- (staatlich) beschränktes Antirassismus-Verständnis liegt auch vielen wissenschaftlichen Reflexionen noch immer unhinterfragt zugrunde.

Antirassismus – als eigener Gegenstand, der nicht bloß als von Rassismus abgeleitet gesehen wird – ist bisher in den deutschsprachigen Sozialwissenschaften kein eigenständiges Thema. Sogar in Veröffentlichungen über soziale Bewegungen werden antirassistische Initiativen bisher weitgehend ignoriert.

Die aktuellen antirassistischen Diskurse und Praktiken lassen sich grob in drei Paradigmen einteilen:

a: Der reaktiv-binäre Antirassismus sieht Antirassismus einfach als Antwort, als Reaktion auf rassistische Äußerungen. Die dominierende Variante des reaktiv-binären Antirassismus ist der moralische Antirassismus, er operiert mit Appellen an eine common-sense-Ideologie von Humanität und Toleranz. Moralischer Antirassismus wird nur abwehrend gegen die rassistischen "Auswüchse" aktiv und geht somit nicht über den Status Quo hinaus. Dabei wird entweder ignoriert, dass Rassismus "kein äußeres Übel (ist), das von Zeit zu Zeit ein politi-

sches Gemeinwesen befällt", sondern von Beginn der Moderne an sowohl ein "integraler Bestandteil der sich formierenden modernen Nationalstaaten" (SILVERMAN 1994, 36) als auch der sozialen Kontrolle und der ökonomischen Ausbeutung von versklavten, kolonisierten oder von den Zentrums-Gesellschaften aus den Peripherien angeworbenen Arbeitskräften (ALLEN 1998) war. Die tiefe Verwurzelung von Rassismus in den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen wird geleugnet.

Die Interessen der rassistisch diskriminierten Personen und Gruppen

Die Interessen der rassistisch diskriminierten Personen und Gruppen werden tendenziell nur berücksichtigt, sofern sie nicht mit den eigenen Privilegien in Widerspruch geraten.

werden tendenziell nur berücksichtigt, sofern sie nicht mit den eigenen Privilegien in Widerspruch geraten. Daraus resultiert eine paternalistische Entmündigung, eine "Stellvertreterpolitik", die den rassistisch Diskriminierten die eigene politische Handlungsfähigkeit abspricht und sie tendenziell in die Rolle von schützenswerten und hilfebedürftigen Opfern verweist.

Eine weitere Form der reaktiv-binären Form vertritt der französische Soziologe Pierre-André Taguieff. Er unterscheidet bei seiner Definition von Rassismus zwei grundsätzliche Modelle: einen 'heterophoben' und einen 'heterophilen' Rassismus. Diesen beiden Formen würden zwei Versionen von Antirassismus korrespondieren: ein 'universalistisch-assimilationistischer' sowie ein 'differentialistischer' Antirassismus. Taguieff konstruiert seine binäre Definition von Antirassismus rein begriffslogisch. Dadurch ist

er weder in der Lage, historische Spezifitäten sowohl von Rassismus als auch von Antirassismus zu erfassen, noch kann er die (Wechsel-)Wirkung des gesellschaftlichen Kontextes auf rassistische und antirassistische Vorstellungen und Praktiken erklären.

b: Die Ansätze des technisch-ökonomistischen bzw. des technisch-kulturalistischen Antirassismus gehen davon aus, dass Antirassismus letztlich eine ökonomie- bzw. kulturpolitische Angelegenheit sei. Wenn Rassismus rein ökonomisch (z.B. im beliebten Ideologem der sog. 'Modernisierungsverlierer' als den bevorzugt 'Anfälligen' für Rassismus) oder rein kulturell erklärt wird, so folgt daraus, dass die Strategie zu seiner Bekämpfung sich auf die Beseitigung bestimmter 'Mängel' in der Organisation von Ökonomie bzw. von Kultur beschränken könne. Damit wird Antirassismus zu einer technischen Angelegenheit: durch bestimmte 'Maßnahmen' wirtschafts- und/oder kulturpolitischer Art können die Ursachen von Rassismus beseitigt werden.

Als antirassistische Strategien werden dann – in wirtschaftspolitischer Hinsicht – eine wohlfahrtsstaatliche Zählung des Neoliberalismus, eine Politik der Vollbeschäftigung oder eine Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse vorgeschlagen; damit würde sozusagen "nebenbei" ein Verschwinden rassistischer Phänomene und Verhältnisse bewirkt. Analog dazu werden in kulturpolitischer Perspektive Vorschläge gemacht, wie z.B. das Aufzeigen der Vorzüge von kultureller Vielfalt für das Leben jedes Einzelnen (Auswahl an Musik, Theater, Gastronomie, etc.); die Förderung kultureller Aktivitäten von ethnischen Minderheiten; Gleichberechtigung bei der Religionsaus-

übung, usw. Die Kritik an den ökonomistischen und kulturalistischen Konzeptionen will nicht bestreiten, dass die aktuelle neoliberale Hegemonie rassistische Tendenzen begünstigt und verstärkt, dass die neoliberale Vergesellschaftungsform auf eine autoritäre Ausgrenzung der "Klasse der Entbehrlichen" (Flüchtlinge, Obdachlose, Drogenabhängige, Arbeitslose, ...) abzielt. Sie will vielmehr darauf hinweisen, dass in den beiden "technischen" Sichtweisen die Beteiligung von MigrantInnen am politischen Prozess als Forderung nicht vorkommt. Die gerade in Österreich sehr umfassende Verweigerung aktiver Teilhaberechte für MigrantInnen wird nicht in Frage gestellt.

Einen dominierenden Stellenwert innerhalb der kulturalistischen Version nehmen verschiedene Konzepte des Multikulturalismus ein, welche oft in eine Ethnisierung und Selbstethnisierung gesellschaftlicher Gruppen und sozialer Konflikte münden, da sie dem 'Konflikt zwischen den Kulturen' den Stellenwert des Grundkonfliktes der Gesellschaft zuschreiben, und sich von der 'Lösung' dieses Konfliktes eine Stabilisierung, Befriedung bzw. Harmonisierung der Gesellschaft erwarten.

c: In der Konzeption des emanzipatorischen Antirassismus wird Antirassismus als ein polyzentrisches, sich überschneidendes Set von politischen Diskursen und Praktiken verstanden, das Antworten auf Rassismen mit der Konstruktion eines alternativen Gesellschaftsprojekts, das von Werten wie soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität, von Menschenrechten, radikaler Demokratie und Offenheit gegenüber Anderen bestimmt wird, kombiniert.

Zentrale Forderungen einer emanzipatorisch-antirassistischen Bewegung sind u.a.: die politische und soziale Gleichstellung der bisher rassistisch Diskriminierten in der österreichischen und der europäischen Gesellschaft; eine Entnationalisierung und Neubestimmung aller sozialen, politischen und wirtschaftlichen

Bereiche, d.h. die Entkoppelung von politischen Rechten und sozialen wie wirtschaftlichen Möglichkeiten von Nationalität im Konzept einer Wohnbürgerschaft (vgl. SILVERMAN 1994; LLOYD 1998).

Literaturauswahl:

- Allen, Theodore W. 1999: Die Erfindung der Weißen Rasse. Berlin: ID-Verlag.
 Bonnett, Alastair 2000: Anti-Racism. London: Routledge.
 Kurswechsel 1/2000: Antirassismus. Positionen und Widersprüche. Wien: Sonderzahl.
 Lloyd, Catherine 1998: Discourses of Antiracism in France. Aldershot: Ashgate.
 Silverman, Maxim 1994: Rassismus und Nation. Hamburg: Argument.

Hans Pühretmayer
 Lektor am ipw

Daraus resultiert eine paternalistische Entmündigung, eine "Stellvertreterpolitik", die den rassistisch Diskriminierten die eigene politische Handlungsfähigkeit abspricht und sie tendenziell in die Rolle von schützenswerten und hilfebedürftigen Opfern verweist.

Cultural Studies –

Von Roman Horak

In den gegenwärtigen sozial- und geisteswissenschaftlichen Debatten spielen Cultural Studies eine eigentümliche und höchst widersprüchliche Rolle. Einmal werden sie taxfrei dem weiten Land der sog. Kulturwissenschaften zugeschlagen, ja als mögliches Moment von deren Erneuerung (Modernisierung) gedeutet, zum anderen immer noch negiert. Das mag zu einem guten Teil an den Cultural Studies selber liegen, verorten sie ihre bedeutenderen Vertreterinnen und Vertreter doch gerne im Nicht-Raum der Transdisziplinarität. Als „Disziplin, die keine sein will“ werden Cultural Studies oft

als Decodierungsmodell diverser Aspekte spät/postmoderner Kultur mißverstanden. Vor allem (aber nicht nur) in den Kommunikationswissenschaften wird ‘Kultur’ gerne mit ‘Kommunikation’ im weiten Sinne gleichgesetzt. Damit

geht aber, so hält Lawrence Grossberg fest, die für die Praxis der Cultural Studies wesentliche Ambiguität des Kulturbegriffes, die sich in Begriffspaaren wie Kultur als Text und als Prozeß, Kultur als Kommunikation und als Weltanschauung, Kultur als populäre und als Elitenpraxis etc. zeigt, verloren. Die besagte Gleichsetzung verengt aber auch die zentrale und grundlegende Problematik der Cultural Studies, die sich am einfachsten als das Verhältnis von Kultur und Gesellschaft umschreiben läßt, zu einer Frage über die Konstituierung und Politik von

Textualität und damit zu einer nach der Beschaffenheit von kulturellen oder kommunikativen Praxen. Die Problematik von Macht verschwindet hinter dem Regime der Zeichen, Cultural Studies beschränken sich auf Ideologie, Repräsentation, Signifikation und Identität, die ‘Wirklichkeit’ als Struktur materialer Organisationsformen und Bedingungen von Leben löst sich in ‘Kultur’ auf, das Gesellschaftliche reduziert sich auf Erfahrung. Cultural Studies mutieren zur ‘Kulturforschung’.

Als solche waren sie allerdings

Nicht die akademische Frage, was denn nun ‘Kultur’ sei, bildet den Ausgangspunkt des Nachdenkens über sie, sondern ihre Wirksamkeit als Instrument von Exklusion/Inklusion in der konkreten sozialen und politischen Wirklichkeit.

nie gedacht gewesen. Raymond Williams, eine der Gründerfiguren, hat in einem späten Text von Cultural Studies als einem Projekt gesprochen, innerhalb dessen viele Formationen existieren, die ihrerseits dieses stets neu konstituieren und umdefinieren. All diese Formationen stehen - wie auch immer different sie untereinander scheinen mögen - in einer bestimmten Tradition, der sie - wie auch immer komplex und verschoben - verpflichtet sind, einer Tradition, die Cultural Studies zugleich als offene Disziplin und intellektuelle Praxis sieht.

Schon in Williams’ frühen Arbeiten zur ‘Kultur’ geht es nie bloß um sie. Ausgangspunkt von Williams’ Argumentation - entwickelt in ‘The Long Revolution’ (1961) - ist die Feststellung, daß die britische Gesellschaft einen Wandel erlebt habe, dieser sei durch Industrialisierung, Demokratisierung und kulturelle Transformation bedingt wie gekennzeichnet. Während er die ersten beiden Momente extensiv diskutiert sieht, geht es ihm um die Untersuchung des Dritten - darum, die gleichermaßen zentrale Bedeutung der kulturellen Veränderungen festzuhalten und zu analysieren.

Um diese Aufgabe leisten zu können, macht sich Williams an die Entfaltung seines Kulturbegriffes. Die vorliegenden Definitionen von Kultur, so hält er fest, lassen sich in drei Kategorien einordnen. Einmal in eine ‘ideale’ Bestimmung,

”derzufolge Kultur ein Zustand oder Prozeß menschlicher Perfektion ist, gemessen an bestimmten, absoluten oder universellen Werten.” (Williams 1983: 45)

Eine zweite Kategorie von Kulturdefinitionen nennt Williams ‘dokumentarisch’, in ihr erscheint Kultur ”als der Korpus geistiger und imaginativer Werke (...), in denen menschliches Denken und Erfahrung auf detaillierte Weise aufgezeichnet sind.” (Ebenda)

Die dritte und letzte Bestimmung von Kultur, die ‘gesellschaftliche’, meint jene, ”in der diese als Beschreibung einer Le-

bensweise erscheint, deren Werte sich nicht nur in Kunst und Erziehung ausdrücken, sondern auch in Institutionen und im ganz ge-

politisches Projekt,

wöhnlichen Verhalten.” (Ebenda)

Es ist diese Definition, die Williams dazu führt, über ‘Kultur’ auf dreifache Weise neu zu denken. Da ist einmal der ‘anthropologische/ ethnologische’ Anspruch (‘culture as a whole way of life’), da ist zum anderen die Behauptung, daß ‘Kultur’ Bedeutungen und Werte ausdrücke und schließlich der Anspruch der Kulturanalyse, deren Aufgabe - erneut in einer klassisch zu nennenden Wendung - Williams so formuliert:

”(Es) hätte eine Analyse von Kultur, eine Klärung der Bedeutungen und Werte zu besorgen, die von einer bestimmten Lebensweise, einer bestimmten Kultur implizit oder explizit verkörpert werden.” (Ebenda)

Was hier noch sehr weit gefaßt und allgemein daherkommt, wird später - nicht zuletzt beflügelt durch die Auseinandersetzung mit Autoren wie Louis Althusser und Antonio Gramsci - durch Stuart Hall und andere schärfer formuliert. Um es kurz zu machen. Der Kulturbegriff verändert seinen Bedeutungsgehalt. Aus einem Verständnis von ‘culture’ als ‘a whole way of life’ wird eines von ‘a terrain of struggle’, d.h. es findet eine zweite Politisierung statt. Ging es bei der Formulierung von Kultur als Lebensweise darum, Kultur als Begriff aus den Fesseln seiner hochkulturellen Beengung zu lösen, so wird im zweiten Falle Kultur als Auseinandersetzung um - stets gesellschaftlich effektive -

Bedeutungszuschreibungen theoretisiert. In beiden Momenten handelt es sich immer auch um politische Interventionen, wenngleich in je unterschiedlichen Kontexten.

Nicht die akademische Frage, was denn nun ‘Kultur’ sei, bildet den Ausgangspunkt des Nachdenkens über sie, sondern ihre Wirksamkeit als Instrument von Exklusion/Inklusion in der konkreten sozialen und politischen Wirklich-

intellektuelle Praxis,

keit. Dieser rote Faden scheint mir konstitutiv für das Projekt Cultural Studies, er reicht vom Ringen um einen ethnologischen Kulturbegriff in den spä-

ten 50er und frühen 60er Jahren bis herauf zur Diskussion von ‘empowerment’ und er unterscheidet Cultural Studies von diversen Kulturtheorien, die zwar in sich kohärenter sein mögen, aber eben bloß ‘Kulturtheorien’ und keine politische ‘intellektuelle Praxis’ sein wollen.

transdisziplinäre Disziplin

Literatur:

Grossberg, Lawrence, What’s going on? Cultural Studies und Popularkultur. (Übersetzt von Oliver Marchart und Roman Horak.), Wien 2000

Williams, Raymond, Innovationen. Über den Prozeßcharakter von Literatur und Kultur. (Herausgegeben und übersetzt von H. Gustav Klaus), Frankfurt/Main 1983

Roman Horak
Dozent am ipw

Talkshows - Medien der

Ein Gedankenexperiment zum möglichen Zusammenhang

Zivilgesellschaft - Skizze einer Diskussion

Der Begriff der Zivilgesellschaft ist in aller Munde. Das gesamte politische Spektrum bedient sich seiner relativ unreflektiert. Für die einen ist Zivilgesellschaft ein Zauberwort, für die anderen ist es ein "Synonym für Renegatentum und Grüne Realpolitik" (2). Wird Zivilgesellschaft von den einen als essentieller Pfeiler in der politischen Praxis eines demokratischen Verfassungsstaates gesehen und als "Emanzipationsinstrument" hochgejubelt (3), so vermuten andere, die mit Antonio Gramsci denken, darin ein Hindernis für eine Revolution und damit für tiefgreifende Änderungen der sozialen Struktur (4). Die Frage, ob Zivilgesellschaft ein Konzept ist, dass für Frauen positiv nutzbar gemacht werden kann, ist aufgrund der ideologischen Instrumentalisierung des Begriffs für verschiedenste politische bzw.

ökonomische Utopien nicht jenseits einer solchen Utopie zu beantworten (5). Einer solchen globalen Fragestellung ist daher mein Beitrag auch nicht gewidmet. Vielmehr möchte ich, ausgehend von der Habermasschen Definition einer Zivilgesellschaft ein Gedankenexperiment anstellen: Wenn sich die Zivilgesellschaft aus Assoziationen Gleichgesinnter zusammensetzt, die die Probleme privater Lebensbereiche kondensieren und an die Öffentlichkeit tragen, und wenn es stimmt, dass Talkshows sich der Thematisierung privater Belange

in der Öffentlichkeit widmen, dann lässt sich die Frage stellen, inwieweit dieses Genre als ein "Lautverstärker" privater Belange zu gelten hat und damit als Medium einer deliberativen Demokratie (6) interpretiert werden könnte.

Ein wesentliches Moment also, das die Debatte um die Zivilgesellschaft bestimmt, ist die Frage nach der Grenze bzw. der Verschiebung der Trennlinie zwischen "privat" und "öffentlich", denn die Auflösung bzw. Verschiebung dieser Grenze ist unmittelbar mit der Re-Interpretation des "Politischen"

Ein wesentliches Moment also, das die Debatte um die Zivilgesellschaft bestimmt, ist die Frage nach der Grenze bzw. der Verschiebung der Trennlinie zwischen "privat" und "öffentlich", denn die Auflösung bzw. Verschiebung dieser Grenze ist unmittelbar mit der Re-Interpretation des "Politischen" verknüpft.

verknüpft. Und hier kommen "die Frauen" ins Spiel, denn es war insbesondere die zweite Frauenbewegung, die die vermeintlich klare Grenzziehung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit kritisierte. Durch das Infragestellen der Opposition von öffentlichem und privatem Raum, erweiterte die "feministische Öffentlichkeit" aber auch maßgeblich die Beschreibung der Zivilgesellschaft (7). Die Öffentlichkeit als "Diskurssphäre des Staatsbürgers" wurde als eine "Männeröffentlichkeit" kritisiert und zunächst in Abgrenzung von dieser

eine "heimliche" Gegenöffentlichkeit, die eine "Frauenöffentlichkeit" ist, konzeptioniert. In neueren theoretischen Ansätzen ist schließlich das statische Modell der Öffentlichkeit selbst Gegenstand der Kritik, und die dynamische Prozesshaftigkeit der öffentlichen Sphäre wird betont.

Um klarer herausarbeiten zu können, worauf es mir ankommt, werde ich mich des Begriffs der "Frauenöffentlichkeit" bedienen, wenn es darum geht, eine Abgrenzung von einer bürgerlichen, politischen Öffentlichkeit vorzunehmen. "Frauenöffentlichkeit" bezeichnet dabei jene

Kommunikationsformen und Kommunikationsforen, die Frauen bilden und gebildet haben, um sich über Verhaltensmuster und -vorstellungen auszutauschen und zu verständigen. Im Zentrum von "Frauenöffentlichkeit" steht jener Austausch über typische

Lebensprobleme und charakteristische Alltagserfahrungen, der einen normativen Inhalt aufweist (8). Einer politischen Öffentlichkeit, die als DIE Öffentlichkeit gilt, steht Klaus (1998) zufolge eine "heimliche" Öffentlichkeit mit eigenen Kommunikationsforen gegenüber bzw. liegt ihr vielmehr zu Grunde, denn laut Habermas treten "Fehlleistungen des Leistungssystems" zuerst in der Lebensgeschichte einer einzelnen Person auf und werden vorerst "privat" verarbeitet. Derartige private Verarbeitungen lebensgeschichtlich resonierender gesell-

deliberativen Demokratie?

von Zivilgesellschaft, Talkshows und "Frauenöffentlichkeit" (1)

Von Karin Wetschanow

schaftlicher Problemlagen sind die Impulse für die Öffentlichkeit. Die Zivilgesellschaft wiederum, so Habermas weiter, setzt sich aus mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen und Bewegungen zusammen, die die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten (9).

Ein "persönlicher Leidensdruck" oder eine Lebensgeschichte führt aber keineswegs von einer innerpsychischen Verarbeitung direkt zu einer Assoziation Gleichgesinnter, sondern ihr voran bzw. sie begleitend findet eine alltägliche Verständigung über Lebensweisen und ein Austausch über Alltagsprobleme statt. Gerade als "weiblich" interpretierte Kommunikations- und Interaktionsformen haben die Aushandlung unmittelbarer Lebenszusammenhänge und ihre Interpretation und Bewertung zum Thema. Die "Frauenöffentlichkeit" gilt als Ort gesellschaftlicher Aushandlung von Normen und Werten. Typische Kommunikations- und Interaktionsform einer "Frauenöffentlichkeit" ist der "Klatsch" und "Tratsch". Als unpolitisch und unwichtig abgetan, erfährt diese Form öffentlicher Aushandlung eine allgemeine Abwertung. Gerade dieses allerorts diskreditierten Genres aber bedient sich nun eines der erfolgreichsten Fernsehformate

des Fernsehens in den letzten Jahren: die Talkshow. Talkshows weisen Merkmale von "Frauenöffentlichkeit" auf bzw. imitieren diese, indem sie sich an der für diese typischen Interaktionsform und deren kommunikativen Regeln der Wertaushandlung orientieren und sich der Thematisierung lebensgeschichtlicher Problemlagen annehmen. Rein konzeptionell bieten sie damit ein massenmediales Forum öffentlicher Verhandlung individueller Lebenszusammenhänge und könnten als Forum einer medialen Veröffentlichung von "Frauenöffentlichkeit" verstanden

Talkshows präsentieren sich auch zunehmend nicht mehr lediglich als ein Genre, das die Probleme des Alltags in der Öffentlichkeit "zeigt", sondern sie stellen sich auch zunehmend als ein Sendeformat dar, das mit seiner Thematisierung sozial konflikträchtiger Fragen unmittelbar Einfluss auf gesellschaftliche Prozesse nehmen kann und auch tut.

werden. Nehmen wir das Motto der zweiten Frauenbewegung „Das Private ist politisch“ ernst, und sehen wir darin eine Kritik an der willkürlichen Grenzziehung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit und damit eine Kritik an „dem Politischen“ als ebenso willkürlich definiert, dann müsste frau sich weiters fragen, ob Talkshows einen emanzipatorischen bzw. politischen Aspekt in sich tragen.

Talkshows präsentieren sich auch zunehmend nicht mehr lediglich als ein Genre, das die Probleme des Alltags in der Öffentlichkeit "zeigt", sondern sie stellen

sich auch zunehmend als ein Sendeformat dar, das mit seiner Thematisierung sozial konflikträchtiger Fragen unmittelbar Einfluss auf gesellschaftliche Prozesse nehmen kann (10) und auch tut. So rühmte sich unlängst Vera Russwurm in einem Fernseh-Interview mit Helmut Zilk, durch ihre Sendungen maßgeblich an der Gesetzesänderung im Bereich der Gewalt gegen Frauen mitgewirkt zu haben. Talkshows wie "Help-TV" machen die Thematisierung von Fehlleistungen des Leistungssystems zu ihrem zentralen Inhalt und das aktive Eingreifen in persönliche Lebensgeschichten sogar zum Titel. Können Talkshows also als das Genre, das den BürgerInnenrechtsbewegungen eine öffentliche Stimme verleiht und damit dazu beitragen kann, Druck auf politische AkteurInnen auszuüben bzw. die Gesellschaft für ein Thema zu "sensibilisieren", gesehen werden?

Livingstone/Lunt (1994) (11) sehen in der Talkshow das Sendeformat, das maßgeblich dazu beigetragen hat, sich von einer Habermasschen Auffassung von Fernsehen bzw. Massenmedien als der Domäne der politischen Elite wegzubewegen hin zu einer Verhandlung unterschiedlichster Öffentlichkeiten und definieren sie damit als Promoterinnen einer Transformation des "Politischen".

Die Frage, die sich jedoch stellt ist die, ob es ausreicht, dass ein Problem des "privaten" Lebens in der Öffentlichkeit ausgesprochen

wird, um diesen Aspekt des Privaten zu politisieren. Kommt es nicht eben und gerade auf die "Qualität", also auf das "diskursive Niveau" einer Meinungsbildung an (12)? Kann aber, falls diese Prämisse zutreffen sollte, das diskursive Niveau der Meinungsbildung tatsächlich objektiv bestimmt werden? Ist es nicht so, dass es bei aller Kritik feministischer Theoretikerinnen an Habermas letztendlich doch eine Vorstellung von niveauvoller Meinungsbildung dominiert, die einen "rationalen Diskurs" favorisiert? Klatsch und Tratsch, die in der westlichen Welt per se diskreditiert sind und als "Blabla" abgetan werden, wird jegliche gesellschaftliche Bedeutung abgesprochen, da sie keinen Stoff für "politische" Entscheidungen bereitzustellen scheinen. Die Abwertung einer derartigen Art des Meinungsaustausches trägt mit dazu bei, die Bedeutsamkeit von Äußerungen von Frauen zu negieren und die Wertaushandlung, die in der von mir behelfsmäßig als "Frauenöffentlichkeit" bezeichneten Sphäre stattfindet, zu missachten. Wird im Falle der Talkshows die Abwertung bestimmter kommunikativer Regeln übertragen auf ein Genre, das vorgibt, Klatsch und Tratsch zu sein?

Ist nun das Darstellen und Vorführen von außerordentlichem "Privatem" (Stichwort: Freak-Show) in der Öffentlichkeit eines Massenmediums auch nur als irgendwie gesellschaftspolitisch relevant zu werten? Können derartige individualisierte und gleichzeitig exemplarisierte Darstellungen von Leidensdruck in einer konkreten Lebensgeschichte durch die emotionale Betroffenheit, die sie zu erzeugen suchen, einen Nährboden für eine weiter gehende Auseinandersetzung bilden? Dienen Talkshows einer Politisierung vormals "privater" Sachverhalte, oder sind sie als systemstabilisierend abzuwerten? Kommt ihnen vielmehr eine "normalisie-

rende" Funktion als eine emanzipatorische zu? Werden gerade durch die Behandlung privater Belange und durch die Aneignung ihrer Kommunikationsformen "Frauenöffentlichkeiten" ihres Potentials beraubt, weil sie für einen hegemonialen Diskurs dienstbar gemacht werden? Und besteht nicht gerade in der Inkorporierung feministischer Ideen und Kritiken in herrschende patriarchale Interpretationsmuster eine Gefährdung dieser Anliegen? Wie sind die Talkshows vor dem Hintergrund einer medialen Privatisierung und Individualisierung des Politischen einerseits und einer Politisierung des Privaten andererseits zu bewerten?

Fragen am Ende meines Gedankenexperiments - Fragen und Wege, die noch zu denken sind.

Fußnoten:

- (1) Der vorliegende Artikel ist eine stark gekürzte Version eines am 20.10.00 im Rahmen der Frauenringvorlesung "Zivilgesellschaft - Ein Konzept für Frauen?" gehaltenen Vortrags. Vgl zu dem Wetschanow, Karin (1999): "The Personal is Political" - Are Daytime Talk Shows Feminist?. In: GERIN, Roseanne/JEDLICKOVA, Petra (1999) (Hrsg.innen): A Decade of Transformation. IWM Junior Fellows Conferences, Vol. VIII. <http://www.univie.ac.at/iwm/>
- (2) Arbeiterkampf Nr. 441, Js. "Zivilgesellschaft und Revolution", 31.8.2000:21
- (3) Reichert, Ramón (2000): Die Zivilgesellschaft. Ein Graswurzel-Begriff macht Karriere. In: widerst@ndMUND (26.5. und 30.5.2000)
- (4) Vgl. Arbeiterkampf Nr. 441, Js. "Zivilgesellschaft und Revolution", 31.8.2000
- (5) Im Sinne eines „zivilgesellschaftlichen“ Engagements etwa, das die Optimierung nationalen Leistungspotentials sichern soll,

müsste sich frau wohl fragen, ob Frauen nicht DIE Zivilgesellschaft schlechthin sind (Stichwort "sozialtechnokratische outsourcing Ansätze" und "Ehrenamt"), und knüpft frau an die Überlegungen Gramscis an, stellt sich weiters die Frage, ob eine feministische Revolution nicht eben gerade deshalb all die Jahrhunderte ausgeblieben ist, WEIL Zivilgesellschaft ein Konzept für Frauen ist.

(6) Vgl. Benhabib, Seyla (1999): Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Frankfurt am Main: Fischer.

(7) Klaus, Elisabeth (1998): Kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung. Zur Bedeutung der Frauen in den Massenmedien und im Journalismus. Opladen: Westdeutscher Verlag: 111f

(8) Klaus, Elisabeth (1998): Kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung. Zur Bedeutung der Frauen in den Massenmedien und im Journalismus. Opladen: Westdeutscher Verlag: 111f

(9) Vgl. Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Frankfurt am Main: Suhrkamp. Kap. VIII: 441f

(10) Shattuc, Jane (1997): The Talking Cure. TV-Talkshows and Women. New York: Routledge: 1

(11) Livingstone, Sonia/Lunt, Peter (1994): Talk on Television. London: Routledge.

(12) Vgl. Habermas (1992: 441)

Karin Wetschanow
Univ.Ass. am Institut für
Sprachwissenschaften

Begriffe setzen oder besetzen? Strategien einer Politik der Sprache

*„Since power will never speak truth:
speak truth to power!“*

Von Gregor Matjan

Ein Wort allein sagt noch nichts. Zum Begriff wird es erst, wenn es mit Bedeutungen versehen wird, wenn es „Sinn macht“. Der Sinn des Wortes wird vom Kontext seines Gebrauchs bestimmt. Sprache beruht demnach auf der Tatsache sozial geteilter Bedeutungen. Bedeutungen können nur im Rahmen einer Gemeinschaft hergestellt werden – sie müssen vermittelt, erklärt, bestätigt und verteidigt werden. Solcherart wird aus Sprache Kultur, wird Sprache zum Medium von Kultur.

Doch wie wird Sprache politisch? Sie wird es durch die Macht einer Person oder Gruppe, bestehende Begriffe umzudeuten oder Neue zu konstruieren, also durch „Benennungsmacht“ (Bourdieu). In der Politik geht es um eine Hegemonie der Sprache, die zunächst – wie jede sinnhafte Aussage – nicht bloß verstanden werden will, sondern politische Ideologien transportiert und damit etablierte Denkweisen bestätigt oder verändert. Doch wie kann diese Hegemonie erreicht werden?

In der politischen Auseinandersetzung dominieren zwei Strategien: neue Begriffe zu setzen oder gebräuchliche Begriffe zu besetzen – ein feiner, aber zentraler Unterschied. Die Strategie der Begriffsbesetzung verlässt sich auf den Gebrauch der Sprache. Sie bedient sich aus dem Archiv der bestehenden Begriffe im Kontext jenes Horizonts, den sie zu erreichen sucht. Will eine politische Gruppierung breite Unterstützung für ein politisches Anliegen im Rahmen eines demokratischen Gemeinwesens erreichen, z.B. um einem Volksbegehren zu einer eindrucksvollen Zahl an UnterstützerInnen zu verhelfen, sollte die Sprache, in der das Anliegen formuliert ist, dem Kontext des Zielpublikums entnommen sein. Andernfalls wird die politische Kommunikation zum Irrläufer, bleibt schlicht unverständlich. Dies ist mit ein Grund, warum z.B. das Frauenvolksbegehren in seiner juristischen Diktion gegenüber dem thesenhaft formulierten Gentechnik-Volksbegehren im Hintertreffen blieb.

Aber eine Strategie der Umdeutung, wie sie auch Judith Butler vorschlägt, muss auf diese Strategie setzen. Umgedeutet werden kann ein Begriff nur, wenn er bereits eine geläufige, pejorative Bedeutung besitzt, wie z.B. der Begriff „queer“. Dieser war ursprünglich eine abschätzige Bezeichnung für Homosexuelle, wurde aber von diesen umgedeutet und als ironisierendes Identitätsmoment in eigener Sache verwendet. Gleiches gilt etwa für die Begriffe „Krüppel“ oder „Punk“. Zentrale Problematik dieser Strategie bleibt jedoch, dass sie im rein Sprachlichen verbleibt. Ohne Strukturen aufzubauen, die partikuläre Interessen einer Minderheit durch AktivistInnen oder FunktionärInnen repräsentieren und durchsetzen, vermag sie keine Machtposition zu etablieren. Entweder bleiben die Begrifflichkeiten in ihrer undefinierten Vage, oder sie werden zu radikalen, gesinnungsethischen Kampfbegriffen von sektenähnlichen Kleingruppen.

Die Strategie der Begriffssetzung hingegen geht von der „Unreinheit“ dieser Alltagssprachlichen Begriffe aus, weshalb deren Gebrauch möglichst delegitimiert und somit unterbunden werden soll. Demgegenüber kann eine Gruppe Begriffe konstruieren, was

einer gewissen vorgängigen Legitimität, Begriffe zu setzen, also z.B. eines akademischen oder intellektuellen Settings, bedarf. Im Gegensatz zur Strategie der Begriffsbesetzung kann nicht jede Gruppe – wie etwa Betroffene selbst – diese Politik verfolgen, sondern nur eine Elite, die bereits aufgrund einer zugeschriebenen Sprechposition mit Benennungsmacht ausgestattet ist. Diese Strategie beruht auf der Neuerschaffung von Begrifflichkeiten, die deren „Reinheit“ impliziert, wie sie herkömmliche Begriffe nicht aufweisen, die durch ihren Gebrauch ideologisch „verunreinigt“ sind, wie z.B. der Begriff „Heimat“. So werden z.B. aus „Blacks“ „African Americans“, aus „Rückständigen“ werden „ModernisierungsverliererInnen“. Dies ist die Sprachpolitik der „political correctness“. Sie ist gekennzeichnet durch ein diskursives Herrschaftsgefälle, dessen Ergebnis die Selbstverständigung einer Elite als Anwältin der Betroffenen ist. Diese Anwaltsfunktion verstärkt jedoch eine Abkehr vom Sprechen der Betroffenen selbst, die ihres Potentials an Selbstdefinition beraubt werden.

In der Regel werden diese beiden Strategien parallel verwendet, um unterschiedliche Identitäten zu stabilisieren – im ersten Fall die Identität der „Betroffenen“, im zweiten Fall die Identität der „aufgeklärten WächterInnen“ über diskriminierenden Sprachgebrauch.

Eine Politik der Sprache ist somit immer eine Politik der Identität. Die Frage ist, welcher Zweck damit verfolgt wird. Identität ist immer ein problematisches Konzept: Einerseits ist sie notwendig, um ein politisches Subjekt zu konstituieren, um ein „Klassenbewusstsein“ im weitesten Sinn herzustellen. Andererseits droht sie stets, Differenzen (z.B. zwischen Geschlechtern) zu homogenisieren, Machtgefälle zu verschleiern und Ausschließungstendenzen zu manifestieren.

Was könnte der Ausweg aus diesem Dilemma sein, einerseits kollektives politisches Handeln zu reanimieren, ohne andererseits in die alten Muster der Eliten- oder Sektenbildung zurückzufallen, die letztlich jede demokratische Massenbewegung verunmöglichen? Bewusstsein über die definitorische Macht der politischen Sprache ist ein Teil, offene, flexible Organisationsstrukturen sind ein anderer. Der virtuelle Charakter neuer zivilgesellschaftlicher Netzwerke wie der „Anti-IWF-Bewegung“ oder der Widerstandsbewegung gegen die schwarz-blaue Regierungskoalition ermöglicht eine mehrdimensionale Politik, die herkömmliche Identitätsbegriffe nicht mehr benötigt. Ihre Stärke liegt in der Formierung strategischer Plattformen und loser Allianzen, die es ermöglichen, politische Forderungen „zu vereinheitlichen, ohne zu vereinnahmen“ (Bourdieu). Darin verliert Sprache ihren Identitätscharakter, weil sie sich nicht mehr einer SprecherInnenposition zurechnen lässt, sondern zu einem Ensemble von politisierenden Aussagen wird.

Gregor Matjan
Lektor am ipw

"BITTE LIEBT ÖSTERREICH" oder:

"Der Endzweck der Wissenschaft ist Wahrheit, der Endzweck der Künste hingegen ist Vergnügen." (Theodor Lessing)

Was hat, folgt man dem Kulturkritiker Lessing, Politikwissenschaft mit Kunst zu tun? Ist sie ein wahres Vergnügen? Und was ist das Politische an Kunst? Wahrheit ohne Vergnügen? Um das Verhältnis von "Kunst und Politik" soll es in den folgenden Zeilen gehen, ein Verhältnis, das die Politikwissenschaft eigentlich nicht interessiert, höchstens in der Perspektive der Policy-Analyse, der Untersuchung des Politikfelds "Kunstpolitik" also. Der Zusammenhang von Kunst und Politik wird in dieser Sicht beispielsweise als Frage staatlicher Kunstförderung oder des Zugangs zur Kunst diskutiert: Staatlich subventionierte Kunst – Ausstellungen, Theater, Oper – ist in der Regel Kunst für eine soziale Elite (vgl. von Beyme 2000: 413f.). Zudem zählen Kunst und Kultur – auch in Wien – zu den sogenannten "weichen" Standortfaktoren: 90% der Wienbesucher geben an, die Stadt auch wegen des Kulturgeschehens zu besuchen; Kunst besitzt somit eine signifikante "Umwegrentabilität": Jeder Schilling für die Festwochen bringt 2,3 Schilling für die Wirtschaft (Der Standard vom 10.01.2000).

Anlaß der folgenden kurzen Polemik waren Kontroversen anlässlich Christoph Schlingensiefs Aktion bei den Wiener Festwochen im Juli 2000 – Kontroversen in der Politix-Redaktion, aber auch mit FreundInnen und KollegInnen. Darf Kunst politisch sein? Ist eine politische Aktion überhaupt Kunst? War der Schlingensief-

Container nicht nur derber Agit-Prop? Hat er die schrecklichen Verhältnisse nicht nur wiederholt, anstatt sie zu kritisieren?

Eines will ich von vornherein klarstellen: Kunst ist politisch, sie muß nicht erst politisch gemacht werden. Auch vermeintlich "unpolitische" Kunst ist im politischen Raum positioniert und kann sich nicht "davonstellen". Sie wird rezipiert und entfaltet politische Bedeutung. Vorwürfe einer "Politisierung der Kunst" greifen deshalb kurz, ja sie verschleiern die Rolle von Kunst in der Politik.

Auch vermeintlich "unpolitische" Kunst ist im politischen Raum positioniert und kann sich nicht "davonstellen". Sie wird rezipiert und entfaltet politische Bedeutung. Vorwürfe einer "Politisierung der Kunst" greifen deshalb kurz, ja sie verschleiern die Rolle von Kunst in der Politik.

Worin liegt nun die Bedeutung des Politischen in der Kunst? Sigrid Löffler schrieb bereits im Jahr 1992, daß die "Verhaiderung Österreichs" auf dem vermeintlichen Nebenschauplatz Kunst und Kultur stattfindet. Und was als Plakathetze gegen Vertreter der österreichischen Kunst- und Kulturszene anhub, geht inzwischen in Klagen gegen aufsässige Künstler oder in der Verweigerung von finanziellen Ressourcen für (regierungs)kritische Kunstprojekte weiter. Politische Hegemonie, so Sigrid Löfflers Weitsicht, wird nicht nur im Parlament hergestellt, sondern sie braucht kultureller und künstlerischer Absicherung und

Vorbereitung. Politische Populisten wissen dies im übrigen oftmals besser als PolitikwissenschaftlerInnen. Kunst ist also politisch, weil sie politische Herrschaft vorbereitet und absichert oder, wie Klaus von Beyme neutraler formuliert, weil sie "das Gespräch der Gesellschaft mit sich selbst" belebt (von Beyme 2000: 407).

In Zeiten, in denen "Taxi Orange" als die eigentlich bessere politische Bildungsinitiative gilt (immerhin können die jungen Zuschauer dort gruppendynamische Prozesse verfolgen, sie können lernen, wie man mit Konflikten umgeht, wie Außenseiter konstruiert und Intrigen gesponnen werden, aber auch, wie Emotionen in einem feuchten Binnenklima gleichsam unkontrolliert zuschlagen und das Verhalten bestimmen), kann man doch eigentlich gegen die Aktion von Christoph Schlingensief "Bitte liebt Österreich" nichts haben. Im

beliebten Stil des Reality-TV à la "Big Brother" oder "Taxi Orange" inszenierte Schlingensief "die Straße": Im Container bei der Wiener Oper waren AsylbewerberInnen kaserniert, die von den Zuschauern abgewählt, nein: abgeschoben werden konnten. Kunst also, wie das sozialdarwinistische Leben so spielt, wenn die inneren Schweinehunde nach außen gekehrt werden dürfen. Der glückliche Gewinner, der "Letzte" also, sollte eine Aufenthaltsgenehmigung durch Heirat mit einer/m ÖsterreicherIn bekommen.

Draußen, um den Container herum, entstand politische Öffentlichkeit: der

Darf Kunst politisch sein?

Eine Polemik

Von Birgit Sauer

medienkritischen Sympatisanten der Aktion, der durchgeknallten Schlingensief-Gegner, die dem Gottseibeius Schlingensief mit Madonnenstatuen zu Leibe rückten und lieber ihn an die Grenze expediert gesehen hätten. Auch die DemonstrantInnen der Donnerstagsspaziergänge machten sich zum Teil des Schlingensiefschen Kunstwerks als sie (endlich) das unerträgliche Schild "Asylanten raus" abonnierten und endlich kapierten, daß "Anfassen" hier nicht verboten war. Auch Justizminister Böhmendorfer wurde vom Kunstspektakel mitgerissen, seit er gegen die Inszenatoren wegen "Wiederbetätigung" ermittelte; diese hatten das Zitat eines FPÖ-Funktionärs – der Leitspruch der Waffen-SS – auf einem Transparent am Container angebracht.

Das Irritierende an der Container-Aktion war, daß die Grenze zwischen Kunst und Wirklichkeit, politischer Wirklichkeit, verwischt wurde: keine trennende Bühne konstruierte ein passives Publikum, jede/r PassantIn wurde zum Teil der Inszenierung, und selbst informierte ZeitungsleserInnen waren irgendwann nicht mehr sicher, ob die Eingesperrten nicht doch wirklich abgeschoben wurden. Schutz vor der schrecklichen Wirklichkeit (wie sie am Flughafen Schwechat besteht) bot nur die Flucht in die Illusion: Das sind doch alles nur Schauspieler!

Noch einmal: Ist das Kunst oder nur publikumsheischende Action eines "Polit-Clowns" (so Luc Bondy angeblich über Schlingensief)? Ist Schlingensief nicht der Schlimmere de Mol, Erfinder von "Big Brother"? In der "Verdoppelung" von Politik und Medieninszenierung, in der irritierenden Entdifferenzierung von Kunst und

Wirklichkeit liegt meines Erachtens das kritische und vielleicht sogar befreiende Potential der Aktion. Freilich: In Österreich kommt im Juni 2000 vor der Befreiung die Beklemmung, und die hat Schlingensiefs Kunstaktion allemal spürbar gemacht.

Auf die Frage "Darf Schlingensief das?" lautet meine Antwort: "Der darf", nicht im Sinne der Werbung für fettfreie Margarine, sondern so, daß jeder sein Fett abkriegt (Frauen sind in dieser männlichen Form mitgemeint, sorry). Vergnüglich ist das nicht, vielleicht aber wahr.

Literatur:

Von Beyme, Klaus 2000: Kunstpolitik in der Demokratie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 7, S. 407-415

Birgit Sauer
Univ. Ass. am ipw

I m G e s p r ä c h

mit www.t0.or.at

.....

In Zeiten der zunehmenden Kommerzialisierung des Internet erforscht ein österreichisches Institut Fragen wie „Was ist das zukünftige Kulturerbe des Internet?“. Public Netbase t0/Institut für Neue Kulturtechnologien, eine der angesehensten Medienkultur-Institutionen Europas mit Sitz im Museumsquartier Wien, arbeitet seit 1994 erfolgreich an den Schnittstellen von Kultur und Technik, Kunst und Gesellschaft, Wissenschaft und Politik. Darüber hinaus wagte es das Institut, sich regierungskritisch zu positionieren und sah sich daraufhin in seiner Existenz gefährdet. **Ein Gespräch mit Marie Ringler, Geschäftsführerin von Public Netbase t0.**

Worin siehst Du die Hauptschwerpunkte der Arbeit von Public Netbase t0?

Ich würde die Schwerpunkte unserer Arbeit in drei Bereichen verorten. Das eine ist die Bereitstellung von Infrastruktur, das heißt da geht es darum, Kunst- und Kulturschaffenden, aber auch politisch aktiven Gruppen, die Möglichkeit zu geben, das Internet aktiv zu nutzen, aber auch mitzugestalten. Der zweite Bereich ist die Vermittlung von Medienkompetenz, etwas was wir über verschiedenste Werkzeuge versuchen, wie zum Beispiel Workshops, Seminare und auch Ausstellungen. Der dritte Bereich, der auch sehr eng mit dem zweiten Bereich zusammenhängt, ist die Entwicklung von Inhalten, das heißt die konkrete Arbeit an künstlerischen Projekten und wissenschaftlicher Forschung zu bestimmten Themen.

Genau zu diesem dritten Bereich, der Entwicklung von Inhalten, ist mir Euer Projekt World-Information.Org als besonders interessant aufgefallen. Worum geht es dabei?

World-Information.Org. ist ein relativ neues Projekt, das erstmals im Rahmen der europäischen Kulturhauptstadt in Brüssel, im Juli 2000 präsentiert wurde. Es beschäftigt sich, grob gesprochen, mit der Politik der Infosphäre. Das heißt, World-Information.Org. versucht auszuloten, was die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge und Implikationen dieser neuen Kommunikationstechnologien sind. Dies ausgehend von einer Basis wissenschaftlicher Forschung, die wir zusammen mit einem Team wissenschaftlicher MitarbeiterInnen im letzten Jahr erarbeitet haben.

Nun hat ja die schwarz-blaue Regierung im gesamten Kulturbereich Budgetkürzungen für das Jahr 2000 beschlossen, die die Existenz vieler Kulturinstitutionen bedrohen. Bei Public Netbase t0 wurden jedoch seitens des Kunststaatssekretärs Franz Morak Maßnahmen gesetzt, die weit über Budgetkürzungen hinausgingen. Wie seid Ihr davon betroffen?

Angefangen hat es einmal damit, daß man bis Mitte des Jahres einmal grundsätzlich gar nicht wußte, wie das Budget für das Jahr 2000 aussehen würde. Man muß sich vorstellen, was das für Institutionen wie uns mit vielen MitarbeiterInnen bedeutet. Alleine dieser Umstand des „Nicht-Wissens was passiert“ war für viele Institutionen eigentlich damals schon der Todesstoß. Wir haben das noch relativ gut hinauszögern können und wurden dann aber damit konfrontiert, daß wir von einer privaten Firma bezüglich der korrekten Verwendung der bisher von seiten des Bundeskanzleramtes erhaltenen Förderungen geprüft wer-

den sollten. Das war einmal eine sehr gute Taktik, um uns bis zum Abschluß dieser sogenannten Wirtschaftsprüfung überhaupt nicht sagen zu müssen, ob wir je wieder Geld bekommen.

Womit wurde diese Wirtschaftsprüfung begründet?

Zwar stand diese sogenannte Wirtschaftsprüfung auf rechtlich sehr wackeligen Beinen, doch da wir keine Angriffsfläche bieten wollten, die da lauten könnte: „die wollen nicht zeigen, was in ihrer Buchhaltung steht“, haben wir beschlossen, in dieser Angelegenheit zu kooperieren. Prinzipiell halte ich es für wichtig, daß es Transparenz darüber gibt, wie Subventionen verwendet werden und daß Leute Rechenschaft darüber ablegen müssen, was sie mit den Subventionen machen. Aber das alles ist auch immer geschehen. Es gibt einen Modus für jeden und jede, die ein Ansuchen für öffentliche Subventionen stellt, daß diese auch abgerechnet werden müssen. Und zwar nicht mit einer geschriebenen Seite, wo drauf steht, was wir mit dem Geld gemacht haben, sondern mit Originalbelegen. Das heißt, was hier geschehen ist, ist daß mit nicht unbeträchtlichen Steuergeldern die Verwendung von Steuergeldern geprüft wurde, die bereits von Beamten geprüft wurde.

Welche sind Deiner Meinung nach die Ziele dieser Art der Kulturpolitik?

Was sich immer mehr herauskristallisiert ist, daß relativ systematisch gegen Gruppierungen und Einzelpersonen vorgegangen wird, die sich sehr deutlich gegen diese Regierung ausgesprochen haben. Das haben wir auch immer getan, wissend, daß es uns möglicherweise in eine schwierige Situation bringt. Nichtsdestotrotz halte ich es aber für wichtig, auch als Institution und auch im Kulturbereich, daß ein klarer politischer Standpunkt eingenommen wird und daß Politik nicht immer auf Einzelpersonen verwiesen wird. Und das muß in einer demokratischen Gesellschaft auch möglich sein, ohne daß mit Repressionen geantwortet wird, damit das nicht mehr möglich ist.

Wie sieht die Zukunft von Public Netbase t0 aus, wenn sich trotz positiv ausfallender Wirtschaftsprüfung die angedrohte Streichung der Bundesförderungen bewahrheitet?

Wir haben glücklicherweise für das Jahr 2000 in der Stadt Wien Rückhalt gefunden. Längerfristig würde diese Streichung aber sicherlich bedeuten, daß unsere Arbeit eingeschränkt werden muß. Was sicher ganz massiv davon betroffen wäre, ist die Arbeit im infrastrukturellen Bereich – das heißt das Bereitstellen von Accounts, von technischem Support. Also alles Dinge, die ich für extrem wichtig halte, gerade in dieser politischen Situation, wo beispielsweise viele der Widerstands-Websites auf unseren Servern liegen und ein Gutteil der kommerziellen Provider gar nicht bereit wäre, diese bei sich zu beheimaten.

Vielen Dank für das Gespräch!

Mehr Informationen zu diesen Themen findet Ihr auf folgenden Websites:

<http://www.t0.or.at>

<http://www.free.netbase.org>

<http://www.world-information.org>

<http://www.igkultur.at>

Das Interview wurde von **Katharina Zahradnik** geführt.
Studentin am ipw und Mitglied der Redaktion.

PROBLEMLÖSER GRASSER und die

Figures of Bond nannte sich einst ein klassischer Aufsatz Australischer Cultural Studies-Theoretiker(innen) zu den Bedeutungsproduktionen populärkultureller Texte (vgl. Bennett/Woollacott 1990). Denn das Bild des Britischen Geheimagenten hätte im Lauf seiner langjährigen Karriere zahlreiche Wandlungen durchgemacht: Zentrale Erzählungen, wie der wettbewerbsorientierte Individualismus des Titelhelden oder die Repräsentationen von Geschlecht

und Sexualität, wären in den Büchern, Filmen und begleitenden Medienberichten des Bond-Genres über die Jahre immer wieder neu zusammengefügt worden. Neue Lesearten des Publikums hätten so auch die ursprünglichen Texte – also die Figur James Bond – verändert.

Beispielsweise ist der Agent von heute, so ein zeitgenössischer Interpretationsversuch zu Bonds Kollegen Ethan Hunt aus Mission Impossible 2 (M-I-2), das Vorbild aller Unternehmensberater (vgl. Schlüter 2000): „Sie operieren weltweit und wohnen bevorzugt in Hotels, sie fliegen viel mit dem Flugzeug, sie kleiden sich adrett, zeitgemäß, aber nicht zu auffällig, sie sind jung und ehrgeizig, arbeiten professionell und effizient, gehen auch über Leichen, sie haben eine gute Ausbildung, beherrschen mehrere Sprachen und treten selbstbewußt auf, sie hantieren souverän mit Handys, Laptops und

anderem technischen Gerät, vor allem aber werden sie gerufen, wenn andere nicht mehr weiterwissen“ (ebd.).

So sieht das auch Finanzminister Grasser, der seine eigene Berufsauffassung wohl ähnlich definieren würde: „Ich habe James Bond stets als großen Problemlöser gesehen, der hilft, aus Staatskrisen herauszukommen“ (Format 29/2000).

mat: „Der smarte Kärntner“) und beinhart: Aus „zero tolerance“ wird im Format (29/2000) das „zero deficit“, und News weiß zu berichten, daß der Minister die Bond-Pose vor allem deshalb gewählt hätte „um seine Härte auch optisch zu untermauern“ (News 28/2000). Auf Gnade sollte man beim „Sparkurs total brutal“ (ebd.) nicht hoffen, denn jener junge Herr, der da als italienischer Auf-

The girls, they love

Bond, das war immer auch jener Mann, dem sich die Frauen hingaben und der mit selbstverständlicher Geste die Codes von Coolness und Gefahr handhabte. Einmal so sein wie er – handlungsmächtig, unwiderstehlich und elegant. Als Finanzminister kann man sich diesen maskulinen Wunsch zeitweise erfüllen.

Um so vorteilhafter, wenn auf diese Weise politische Entscheidungen durch den Bonus populärkultureller Codierung imprägniert werden. Wenn Budgetpolitik zur „Operation Staatshaushalt“ (Format 29/2000) wird, erscheinen Begriffe wie „das Nullbudget“ schon weit unhinterfragbarer als in anderen Settings. „Mister 00-Budget“ präsentierte sich auf einem News-Cover (News 28/2000) und im Blattinneren im dunklen italienischen Anzug und Krawatte, mit geschniegelter Frisur, randloser Brille, Fliegeruhr und schußbereiter Pistole. Grasser ist smart (For-

tragskiller auftritt, wird seine Aufgabe effizient und vorurteilsfrei zu Ende führen.

Experten der Treffsicherheit

Daß Minister Grasser bei seinem Photoshooting mit News auch an die Metapher von der „sozialen Treffsicherheit“ gedacht hat, scheint durchaus wahrscheinlich. Bereits seit Mitte der neunziger Jahre, jedoch spätestens seit dem letzten Jahr gewann dieser Begriff im sozialpolitischen Diskurs geradezu hegemoniale Bedeutung. So muß jeder Vorschlag zum Erhalt, Umbau oder Abbau des Wohlfahrtsstaats seine Kompatibilität zu den (durchaus wandelbaren) Bedeutungen dieser Phrase beweisen. Daher ist es wohl kein Zufall, daß die österreichische Bundesregierung auch bei dem von ihr

Metapher der „Sozialen Treffsicherheit“

Von Georg Spitaler

ausgerufenen nationalen Projekt des „Nullbudgets bis 2002“ auf die dankbare Metapher zurückgriff, als es Einsparungen von fünf Milliarden Schilling im Sozialbereich (Studiengebühren!) zu rechtfertigen galt.

Daß es sich hierbei um einen durchaus gewalttätigen Begriff handelt, der für die solcherart ins Visier genommenen Menschen auch zur Drohung werden kann,

Mannhaft forderte daher der Institutschef „Härte von der Regierung“ ein (News 20/2000): „Die Strukturreformen müssen kommen, auch wenn das ein politischer Kraftakt der Sonderklasse ist, weil es noch nie so harten Widerstand dagegen gegeben hat“ (ebd.). Doch es bleibt Hoffnung. Denn Bernhard Felderer wirkt in seinen eigenen Inszenierungen oft wie die Reinkarnation von Mister

News 20/2000: Das Schockpaket (Werner Beninger, Josef Galley)
News 28/2000: Mister OO-Budget (Werner Beninger, Josef Galley)
Schlüter, Christian: Retter der Zirkulation. Tom Cruise als Unternehmensberater in ‚Mission Impossible 2‘, in: Die Zeit, 6.8.2000, 43

to see you shoot!



wurde bereits mehrfach angemerkt. Jedenfalls vermittelt die „soziale Treffsicherheit“ aber auch Vorstellungen von Planbarkeit und wissenschaftlicher Allmacht, die in etwas anderer Form bereits in der behaupteten neuen „chirurgischen Kriegsführung“ des zweiten Golfkriegs ihren Ausdruck fanden. Wurden damals sogenannte Kollateralschäden von den zuständigen Fachkräften weitgehend geleugnet, so vertreten die neuen Experten der Treffsicherheit eine offensive Strategie: Schmerz ist notwendig. So meinte etwa Bernhard Felderer, Leiter des Instituts für Höhere Studien und Berater des Finanzministeriums: „Ein Sanierungskurs tut immer weh. Wann soll man es tun, wenn nicht jetzt?“ (Format 29/2000). Die Wirtschaftsforscher, die selbstlos die Modernisierung des Staates planen und vorantreiben, dürfen sich dabei von keinerlei Emotionen beeinflussen lassen.

Burns, dem schurkischen Atomkraftwerksboss aus den Simpsons, der mit Hingabe seine Untergebenen quält. Cooleres Outfit für neoliberale Wirtschaftsexperten!, wird da so mancher Imageberater rufen. Aber manchmal können die bad guys eben doch nicht so leicht die Rolle wechseln.

Literatur und Quellen:

Bennett, Tony/Janet Woollacott: Figures of Bond, in: Tony Bennett (Hg.) Popular Fiction: technology, ideology, production, reading, London 1990. 425-443
Format 29/2000: „Letztklassige Staatsfinanz“ (Interview Finanzminister Grassler), bzw. Operation Staatshaushalt (Klaus Dutzler, Petra Stuibler)

Georg Spitaler
Dissertant am ipw

„Wettlauf zwischen Schwert und Schild“

Nach der oftmals verlautbarten Ankündigung der USA, ein mindestens 30 Milliarden Dollar teures, futuristisch anmutendes Raketenabwehrsystem (NMD= National Missile Defense) errichten zu wollen (eine endgültige Entscheidung darüber soll erst nach den Präsidentschaftswahlen im November getroffen werden), um sich, so zumindest der Tenor der offiziellen Propagandamaschinerie, vor angeblich unmittelbar bevorstehenden Angriffen sogenannter „rogue states“ wie etwa dem Irak oder Nordkorea wirksam verteidigen zu können und nicht zuletzt auch um eine zumindest im militärischen Sinne multipolare Welt zu verhindern, mehren sich zu Recht die Bedenken, ob dieses, von der amerikanischen Rüstungslobby dringend benötigte und dementsprechend forcierte Programm nicht eine Gefährdung der Stabilität der Rüstungskontrolle

zur Folge haben könnte. Frankreichs Staatspräsident Chirac fühlt sich angesichts dessen gar bemüht, ein, erstaunlicherweise überaus treffendes, Gleichnis zu bemühen: „Die Weltgeschichte ist ein Wettlauf zwischen Schwert und Schild. Je perfekter die Schilde wurden, desto perfekter wurden die Schwerter. Ein solches System würde nur die Schwertbauer anstacheln, ihre Anstrengungen zu intensivieren.“ (1) In der Tat, wie auch der britische Militärexperte Jonathan Eyal überzeugend darlegt: der Welt drohe ein Atomkrieg in Asien, würde NMD wirklich erbaut, denn: „Verwirklicht Washington NMD, ist Chinas minima-

le Abschreckung wertlos. Sie werden aufrüsten müssen. Dem würden aber die Inder nicht tatenlos zusehen. Mehr indische Atomraketen hätten jedoch den Ausbau des pakistanischen Arsenal zur Folge...“ (2) Auch ist zu bedenken, daß China bis dato weder den INF- (Intermediate Nuclear Forces) Vertrag, noch START I (Strategic Arms Reduction Talks) oder START II unterzeichnet hat, was impliziert, daß es sein Nuklearwaffenarsenal praktisch ungehindert ausbauen kann. Problematisch dabei ist primär der Umstand, daß China, weil angreifbar, we-

Doch warum beharren die USA so überaus trotzig und beharrlich auf diesem, selbst bei deren „Allies“ derart ins Kreuzfeuer der Kritik geratenen Abwehrsystem, welches (wiewohl auch unter optimalsten Bedingungen und zahlreichen Tests die Zielvorgaben keinesfalls erreichend) die nahezu dreißig Jahre währenden Rüstungskontrollbemühungen, namentlich in erster Linie den ABM- Vertrag von 1972, zunichte macht?

niger an militärischem Gleichgewicht, sondern ganz in altbewährter Blockkonfrontationsmanier- vielmehr an dem Aufbau von Abschreckungsmitteln, vor allem gegenüber den „Großmachtpolitik“ (so dem „Weißbuch über nationale Verteidigung“ zu entnehmen) betreibenden USA interessiert ist. Auch die Entwicklung in Indien und Pakistan zeichnet ein düsteres Bild: Mit der Durchführung von den USA relativierend dargestellten fünf indischen Atomtests im Mai 1998 und der daraufhin mit sieben Gegen-tests antwortenden pakistanischen fand die erste nukleare Konfrontation seit dem Kalten Krieg statt.

Doch warum beharren die USA so überaus trotzig und beharrlich auf diesem, selbst bei deren „Allies“ derart ins Kreuzfeuer der Kritik geratenen Abwehrsystem, welches (wiewohl auch unter optimalsten Bedingungen und zahlreichen Tests die Zielvorgaben keinesfalls erreichend) die nahezu dreißig Jahre währenden Rüstungskontrollbemühungen, namentlich in erster Linie den ABM- Vertrag von 1972, zunichte macht? Warum plädiert etwa der Präsidentschaftsanwärter George Bush jun. einerseits für eine Reduktion des Atomwaffenarsenals

auf die „lowest possible number“, tritt aber andererseits in den geflügelten, an Reagans einstige Argumentation erinnernden Worten „our mutual security need no longer depend on a nuclear balance of terror“ (3) dezidiert sogar für den Bau eines noch weitreichenderen Programms, welches auch die „Freunde“ (in ebenfalls

Kriegs- Schwarzweißmalerei gemahrender Dichotomisierung) der USA vor einem möglichen Angriff schützen soll, ein? Und warum gefällt sich Amerika in geradezu anachronistischer Wildwestfilm-Manier immer noch in seiner Rolle als Sheriff, der als einziger die Lizenz zum Tragen einer Waffe besitzt?

Ein mögliches Erklärungsmuster für diese ungeheure Leichtfertigkeit ließe sich zwar eventuell durch die ohnehin bekannte Tatsache, daß in den USA die Außenpolitik in kaum vorstellbarem Maße von innenpolitischem (sprich: wahltaktischem) bzw. lobbyistischem Kalkül geleitet und

NMD als friedentheoretische Bewährungsprobe?

Von Julia Hölzl

damit geprägt wird, bereitstellen. Dennoch - auch aus dieser Perspektive betrachtet ist dies wohl nicht Anlaß genug, diese Stabilität zu gefährden. Hinter diesem Programm steckt laut Eyal daher auch eine ganz andere Überlegung als diejenige, die USA vor etwaigen (technisch ohnehin unmöglichen) Angriffen seitens der als solcherart klassifizierten "Schurkenstaaten" schützen zu wollen - diese resultiere aus der irrationalen Angst Amerikas vor China, die wiederum in der Befürchtung der USA, eines Tages möglicherweise in die Verlegenheit zu geraten, China - wie einst die UdSSR - als militärisch gleichberechtigten Partner behandeln zu müssen, begründet liegt. Aus diesem Grund bestreiten die USA heute mehr (sic!) Rüstungsausgaben als in Zeiten des Kalten Krieges. Wenn das weltweite Rüstungsgleichgewicht damit also beunruhigendes Wanken geraten ist (wie es nicht zuletzt Wladimir Putin konstatiert) und in weiterer Folge als "worst-case-Szenario" ein erneutes Aufrüsten - (beispielsweise von China im Falle der Verletzung des ABM- Vertrags bereits angedeutet) - und dabei Gegenmachtsbildung von mehr als nur einer dieser Art (namentlich vor allem Rußland und China, die sich gegenwärtig schon allein aufgrund des Programms in einem Annäherungsprozeß befinden) zu erwarten ist, spätestens dann ist die Friedensforschung aufgefordert, ihrer Aufgabe als solcher nachzukommen. Nicht zuletzt weil die Rüstungsdynamik stets eine ihrer zentralsten Themen war und nunmehr

allem Anschein nach wieder ein solches werden muß. Die Aufgabe der Forschung darf sich dabei aber keinesfalls auf bloße Analyse beschränken, vielmehr hat sie auch Grundsätzliches für neue Strategien bereitzustellen. Ist auch bis heute nicht gänzlich geklärt, welche Rolle ihr bei der Beilegung des Ost-West-Konfliktes beigemessen werden kann, so steht doch außer Frage, daß nur sie in der Lage ist, (theoretische) Lösungen anzubieten - ist sie es nicht, kann und muß sie als solche gänzlich in Frage gestellt werden. Anders ausgedrückt: Wenn die

Primäre Aufgabe der Friedens- und Konfliktforschung in dieser oft unterschätzten, aber nichtsdestotrotz äußerst prekären Ausgangssituation hat es ergo zu sein, sich aus ihrer Beobachterposition ein wenig zurückzuziehen und keine langwierigen, zeitraubenden neuen (Fließband)Theorien zu produzieren, sondern Bewußtsein zu schaffen dafür, daß ein Wettrüsten und die damit einhergehende Gegenmachtsbildung erfolgen muß.

Friedensforschung einen wie auch immer gearteten Beitrag zum Frieden geleistet hat, kann sie dann auch einen Beitrag zur Sicherung von ebendiesem bereitstellen?

Generell ist dabei festzuhalten, daß die Disziplin nun vor die nicht leicht zu überwindende Hürde gestellt ist, grundlegende Theoreme (wie etwa dem, daß die Zeit der großen Nuklearrüstung und die damit einhergehenden Debatten darüber vorüber seien) ad acta zu legen. Daß hierbei eine Reaktivierung des "realistischen" Pazifismus angebracht ist, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Ob realistischer Natur oder nicht, ist es in

jedem Falle unumgänglich, sich der Tatsache bewußt zu werden, daß trotz der anfänglichen Hochkonjunktur für WeltverbessererInnen und der einsetzenden Euphorie bzw. "Weltaufgangsstimmung" nach der erstaunlich friedlichen und auch von der Friedensforschung nicht prognostizierten Beilegung des Systemantagonismus nunmehr - überspitzt formuliert - wieder "Lehrmeister Krieg" regieren könnte, im besten Falle allenfalls negativer Friede. Trotz der Überwindung der großen ideologischen Trennlinien ist die gegenwärtige Lage nämlich keine sehr stabile; den neuen, im Zuge der unter dem mittlerweile vielstrapazierten Schlagwort der Globalisierung auftretenden Problemen kann auch laut dem russischen Außenminister Iwanow nur gemeinsam effektiv beigegeben werden. Dieses gemeinsame Vorgehen bedürfe allerdings einer Stabilisierung der Internationalen

Beziehungen, vor allem von seiten der Nuklearmächte. Daß die USA mit dem NMD- Programm dabei den falschen Weg einschlagen, ja zynischerweise noch ein neues, grenzüberschreitendes Problem beisteuern, scheint evident. Iwanow stellt sogar die These auf, daß diese Erwägung der USA die weitreichendste, weil die massivsten Konsequenzen nach sich ziehende, seit Ende des Kalten Krieges sei.

Primäre Aufgabe der Friedens- und Konfliktforschung in dieser oft unterschätzten, aber nichtsdestotrotz äußerst prekären Ausgangssituation hat es ergo zu sein, sich aus ihrer Beobachterposition ein wenig zurückzuziehen und

keine langwierigen, zeitraubenden neuen (Fließband)Theorien zu produzieren, sondern Bewußtsein zu schaffen dafür, daß ein Wettüben und die damit einhergehende Gegenmachtbildung, sprich: das Programm verhindert werden muß. Dieses hat primär bei der amerikanischen Bevölkerung zu erfolgen, da wie bereits eingangs erwähnt, die amerikanische Außenpolitik von innenpolitischem Kalkül determiniert wird, was wiederum impliziert, daß dies aufbauend auf der Zustimmung bzw. Ablehnung derselben erfolgt.

Die Disziplin ist also aufgefordert, den Versuch zu unternehmen, statt an metatheoretischen, abstrakten Gebilden für eine allgemeingültige Friedensstrategie zu basteln, in das Geschehen direkt bzw. präventiv einzugreifen. Ihr "Königsweg" muß es sein, Methoden zur Konfliktvermeidung und -deeskalation und zusätzlich Alternativen zum nunmehr wieder aktuellen und höchst zweifelhaften "Frieden durch Abschreckung" zu entwickeln. Verfehlt sie diese Aufgabe und nimmt ihre sich gerade nun verstärkt abzeichnende Chance, an immenser Bedeutung zu gewinnen, nicht wahr, muß sie, wie ebenfalls bereits erwähnt, per se in Frage gestellt werden. Es gilt, das berühmte, mittlerweile als das friedentheoretische, identitätsstiftende Paradigma betrachtete "si vis pacem, para pacem" wörtlich zu nehmen und in die Tat umzusetzen, nicht zuletzt weil die Disziplin der Situation offenen Auges und damit vorbereitet gegenübersteht. Dieses geforderte "aktive Einmischen" hat aber keineswegs die Vernachlässigung jedweder Theorieansätze zur Folge, vielmehr sollte eine "Wechselwirkungsspirale" als sinnvoll erachtet werden; schließlich basiert nahezu jedes vernünftige, friedenswissenschaftliche, Handeln auf Theorie, und sei sie selbst entworfen; umgekehrt bereitet dieses der Theorie wiederum den Boden.

Alle Friedensbemühungen bis 1989 bewegten sich naturgemäß im Kontext des Ost-West-Konflikts und des Abschreckungssystems; es muß aber an dieser Stelle nachhaltig davor

gewarnt werden, einen erneuten Aufguß des bloß nuklearpazifistischen Ansatzes entstehen zu lassen, sprich: Friede lediglich als Abwesenheit von atomarer Bedrohung zu definieren - so gilt es gerade hier, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß ein "Radikalpazifismus" hier nicht möglich scheint, da ein Sich-Befassen mit dieser Problematik auch bedeutet, sich an die Agitation derjenigen binden zu müssen, die man eigentlich "bekämpfen" will! Soll sich die Friedensforschung also konsequenter und radikalerweise schlichtweg dissoziieren? Wäre dies nicht das einzig Sinnvolle in einer nunmehr bestehenden Welt der "epochalen Barbarei"? Allerdings, wie Ulrich Albrecht treffend festhält, sind "FriedensforscherInnen (...) nicht nur Spezialisten der Analyse von Rüstung, sondern auch betroffene Subjekte." (4) Ein radikale Abwehr, ein Sich-Zurückziehen ist also schon aus bloßem Eigeninteresse denkbar ungeeignet.

Ebenso essentiell für die Friedensforschung wird es sein, ihre bloße Existenz unter Beweis zu stellen, sprich: ihre, teilweise sperrigen und abstrakten Inhalte und Zielvorgaben einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und so auch vermehrten Interesses teilhaftig zu werden, auch UmweltforscherInnen wurden anfangs belächelt, dennoch wurde nicht zuletzt durch deren breitenwirksamen Aktionismus der Boden für eine neue Herangehensweise an das Thema Umwelt(schutz) bereitet; mittlerweile ist es zum Selbstverständnis avanciert, sich zumindest in der Öffentlichkeit zur Unterstützung von ebendiesem zu bekennen. Ein ähnliches Potential schlummert meines Ermessens nach auch im bis dato eher normativ verhafteten Begriff des Friedens, wenngleich es nahezu unmöglich scheint, zu einem globalen Konsens über ihn zu finden, allein deshalb, weil hier Partialinteressen eine viel gewichtigere Rolle spielen.

Die Friedensforschung befindet sich also in einer Phase des Umbruchs, am Scheideweg: Etabliert sie sich als bloß philosophisch-normativer Zweig

der Disziplin Internationale Beziehungen und bleibt damit, wenn auch nicht wirkungslos, so doch zumindest nicht von brennender Relevanz für aktuelle Problemfelder, oder aber versteht sie sich als praxisbezogene, zum Eingreifen und Verändern befähigte eigenständige Disziplin?

Zu hoffen wäre wohl letzteres, da dies meines Erachtens nach ihre eigentliche Intention sein müßte - ganz im Sinne des friedenswissenschaftlichen Diskurses ist also zu klären: Beschränkt sie sich darauf, Frieden ewig als ebenso wenig ganzheitlich zu erfassenden Begriff wie Gesundheit zu betrachten, oder aber unternimmt sie den sicher von mehr Hindernissen begleiteten Versuch, Bedingungen für den vielbeschworenen positiven Frieden zu schaffen? Diesen Versuch zu unternehmen wäre eigentlich logische Konsequenz, folgt man der (übrigens 1971 getätigten) Ausführung von Georg Picht: Die Friedensforschung "[...] richtet sich kritisch gegen den status quo einer politischen Einrichtung der Welt, die immer noch den Krieg und den Gebrauch von Gewalt für die ultima ratio des politischen Handelns hält" (5). Erst wenn sie diese ihre Intention aber auch tatsächlich unter Beweis stellt, ist sie meines Erachtens nach berechtigt, sich als solche zu benennen.

Fußnoten:

- (1) FORMAT, 24/00, S.67
- (2) DER SPIEGEL, 23/00, S.165
- (3) zit. nach: Jonathan Schell, in: Foreign Affairs, Sep/Okt 00, Volume 79, S.46
- (4) Ulrich Albrecht, in: DIALOG, Bd.17, Heft 4/1989, S.49
- (5) Georg Picht, zit. in: ebd., S.47

Julia Hölzl

Studentin am ipw
und Mitglied der Redaktion

ANMERKUNGEN ZU DEN PROZESSEN GEGEN ANTON PELINKA

“Gegen ausländerfeindliche Tendenzen und den politischen Mißbrauch der Gerichte.”

Von Birgit Sauer

Anton Pelinka, Kollege und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, ist am 24.10. diesen Jahres vom Wiener Landesgericht vom Vorwurf der üblen Nachrede gegen Jörg Haider freigesprochen worden. Anton Pelinka bezeichnete dies in einer anschließenden Pressekonferenz als “eine gute Nachricht für die österreichische Demokratie” (zit. n. Der Standard vom 25.10.2000), denn das Urteil läßt darauf hoffen, daß Meinungsfreiheit und wissenschaftliche Freiheit vom Wiener Gericht respektiert werden.

Freilich ist dieser Richterspruch noch nicht das letzte Wort in der Causa, denn der Anwalt Jörg Haiders (aus der Kanzlei des amtierenden FPÖ-nahen Justizministers Böhmendorfer) wird den Fall vor das Oberlandesgericht bringen, eine Instanz, bei der es eine hohe Wahrscheinlichkeit für die Aufhebung des Freispruchs gibt (Dort agiert ein Richter, der auf Wunsch der FPÖ in das ORF-Kuratorium nominiert wurde). Außerdem ist mit diesem vorläufigen Freispruch freilich die Beschädigung des Rechts auf freie Meinungsäußerung keineswegs repariert, vor allem aber wird die Stillstellung demokratisch-diskursiver Auseinandersetzung durch das Verklagen des politischen Gegners nicht beseitigt. Im Gegenteil: Eine weitere Klage gegen Anton Pelinka durch Jörg Haider ist anhängig; und dieser Fall zeigt in bedrohlicher Weise, wie das Wechseln des Terrains von der politischen Debatte hin zur strafrechtlichen Auseinandersetzung einem autoritären Politikstil den Weg bereitet.

Inhalt beider Verfahren gegen Pelinka sind seine öffentlichen Stellungnahmen zu Haiders Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und seine vergleichsweise unverblümete Hetze gegen Ausländer. Im jüngst entschiedenen Fall wurde Pelinka von Haider geklagt, weil er in einem CNN-Interview gesagt hatte, “Einwanderer mit Parasiten zu vergleichen, dies taten die Nazis in Bezug auf Juden.” Klageanlaß im zweiten anhängigen Verfahren, in dem Pelinka im Mai diesen Jahres vom Landesgericht für Strafsachen in Wien zu einer Geldstrafe in erster Instanz verurteilt wurde, ist ein Interview für den italienischen Fernsehsender RAI, in dem Pelinka bestimmte Aussagen Haiders als “Verharmlosung des Nationalsozialismus” gewertet hatte. Beispiel war für Pelinka Haiders Charakterisierung nationalsozialistischer Vernichtungslager als “Straflager”. Haider, so Pelinka in diesem Interview weiter, sei deshalb “verantwortlich für eine neue Salonfähigkeit bestimmter nationalsozialistischer Positionen” (zit. n. Noll 2000).

Warum wurde nun der Lobredner der “ordentlichen Be-

schäftigungspolitik im Dritten Reich” (Rede vom 13.6.1991 vor dem Kärntner Landtag) vom Wiener Gericht vom Vorwurf der Beschönigung des Nationalsozialismus gleichsam absolutiert? Weil Haider, so das Gericht, in seiner von Pelinka zitierten Rede im Nationalratsplenum nicht zusammenhanglos von Straflagern gesprochen habe, sondern er “das Wort ‘Straflager’ mit der Massenvernichtung ethnischer Minderheiten in Konnex” gesetzt habe – oder anders gesagt: Pelinka habe Haiders Worte aus diesem Zusammenhang gerissen (Urteil, zit. n. Noll 2000). Doch so “unschuldig” ist Sprache nicht – auch “kontextualisierte” Wortverwendungen und -setzungen, so viel hat die politische Sprachforschung ergeben, sind in der Lage, Denk- und Handlungsform zu prägen (siehe den Text von Gregor Matjan in dieser Politix-Ausgabe). Nicht Haider also, so scheint das Urteil nahezu legen, will durch das Einüben verharmlosender Beschreibungen des Nationalsozialismus dessen Verbrechen normalisieren, sondern Pelinka ist der eigentliche Übeltäter, weil er ebendiesen verharmlosenden Sprachgebrauch kritisiert und dafür sensibilisiert. – Letztlich argumentiert aber auch das Urteil gegen Pelinka, daß der generelle Vorwurf an Haider, er lasse “Grauzonen” in seiner Abgrenzung vom Nationalsozialismus, gerechtfertigt sei – aber eben nicht in der Art und Weise wie Pelinka dies tat (Urteil, zit. n. Noll 2000).

Sprache ist eine politische “Waffe”, Sprachanalyse und -kritik eine politikwissenschaftliche Methode. Wenn diese vor Gerichten endet, dann endet genau dort die wissenschaftliche Freiheit. Politik ist Debatte und Streit in und mit Worten. Wenn diese durch Urteile zum Verstummen gebracht werden sollen, so ist dies das Ende von Politik überhaupt – Demokratie ist dann aber schon viel früher zu Grabe getragen worden. Aus Anlaß der ersten Verurteilung Pelinkas haben zahlreiche KollegInnen 1999 eine Annonce in der Tageszeitung “Der Standard” geschaltet: “Gegen ausländerfeindliche Tendenzen und den politischen Mißbrauch der Gerichte.” – Vielleicht lesen Richter ja “Politix”.

Zum Nachlesen:

Noll, Alfred J. 2000: Die Freiheit der Wissenschaft im Lichte der Strafjustiz. Vorläufige Anmerkungen zum Urteil Haider vs. Pelinka, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, H. 3, S. 381-385

Birgit Sauer
Univ. Ass. am ipw

Der europäische Werte-Warentest

Mangelndes Öffentlichkeitsinteresse begleitete den Weg der Grundrechtscharta: Zu Unrecht, das von Widersprüchen zerfurchte Dokument könnte zur Basis einer europäischen Verfassung werden

Von Franz Fillafer

Den Grundrechtsskeptikern in der Europäischen Union wollte man den Wind aus den Segeln nehmen – die Charta scheint bis Redaktionsschluss dieser Edition von Politix ratifiziert zu werden – jedoch als reichlich kariöse Rechtsprothese der Europäischen Union ohne jeglichen verfestigten Wertanspruch.

Keines der vom 62-köpfigen Konvent aus Vertretern des Europaparlaments, der Regierungen und der nationalen Parlamente allzu bramarbasierend präsentierten Rechte wird – vorerst – einklagbar sein, die augenfälligen Unzulänglichkeiten aber liegen in der mangelhaften Immanenz des Rechtsbewußtseins und des kodifikatorischen Fingerspitzengefühls, Schief lagen, die Glaubwürdigkeit und Zukunftstauglichkeit des Dokuments bis zur Unkenntlichkeit verschwimmen lassen.

Ganz genau, ein Konvent – die selbstgewählte Nomenklatur ist sehr wohl von Belang – war es, der in Brüssel und Straßburg, eingangs présidiert von Roman Herzog, dem Grand-seigneur der europäischen Verfassungsexperten, zusammentrat. Die Leitmotivik war wonnig, Wiedererkennungseffekte so mancher verbrieftter Grundfreiheit durchaus beabsichtigt und die Beschäftigung mit der Bewußtseinsindustrie der europäischen (sic) Öffentlichkeit trat alsbald in den Hintergrund.

Die Endergebnisse zeichnen denn auch ein von Ambiguitäten durchsetztes Bild: Das ebenso redliche wie unbefriedigende Fazit der Beratungen im Plenum ist zum Gutteil auf die zweifelhafte Ausgangslage zurückzuführen – durch die Zielvorgaben der Treffen des Europäischen Rates von Köln und Tampere wurde der Handlungsspiel-

raum des Konvents restriktiv umrissen, nämlich auf die Nachbearbeitung und Kompilation bereits bestehender Normen beschränkt – eine Bestandsaufnahme wie diese sollte die europäische Menschenrechtskonvention ebenso berücksichtigen wie etwa die Europäische Sozialcharta und das Rahmenabkommen zum Schutz der Arbeitnehmer aus dem Jahr 1989 – das Modellieren einer eigenständigen und verbindlichen Rechtsgültigkeit und einer über Allerweltsformeln hinausreichenden legistischen Persönlichkeit sollte nicht die Aufgabe des Gremiums sein. In jedem Fall sollten der Union keine neuen Kompetenzen erwachsen dürfen. So sind die Realien des Textes auch mehrlich zaghafte Wirklichkeitsbestätigung geblieben, positivistisches Krähwinkel – keine Spur von wirkungsbewusster Bildhaftigkeit.

In handzahmer Bürgernähe wurde lediglich eine reichlich vage Grundierung, eine „Übernorm“ (1) beflissen gegossen, keinesfalls durften die Entwürfe der Versammlung dem kurzen Wertefieberschub Nahrung geben, der beherzte Europäer zwischenzeitlich ergriff. So laborieren Lippenbekenntnisse eben an ihren fortdauernden Mängeln. Nun, nach mehr als tausend kunstfertig ziselierten Variationen, nimmt sich das Endprodukt reichlich unansehnlich aus:

„Die Völker Europas haben dadurch, dass sie untereinander eine immer engere Union begründet haben, beschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen.“ Bräsig Inkonsequenz der Phraseologie spricht aus den Zeilen der Präambel, sprachliche Präzision wurde von den irischen und niederländischen Deputierten bis zuletzt erfolglos moniert – es bliebe ein-

zuwenden, das erste Kapitel beginne mit dem Artikel „Die Würde des Menschen ist unanständig. Sie ist zu achten und zu schützen“, darauf folgen das Recht auf Leben, auf geistige und körperliche Unversehrtheit, das Verbot der Folter, sowie das Interdikt gegen Sklaverei und Zwangsarbeit.

Vermissten läßt die Rohfassung auch eine lediglich marginale Bereitschaft einer Auseinandersetzung mit ökonomischer Gesinnungsethik und den neokonservativ gezimmerten Sachzwängen des Weltmarkts, dies sollte nachdenklich stimmen. Nun waren auch weiterführende Innovationen für einen europäischen Rechtsraum gerade im Bereich der Freiheit von virtuellen Netzwerken und ihrer Nutzbarkeit als demokratische Instrumente nicht zu erwarten, mangelnde Bereitschaft zum Beschreiten neuer Wege nimmt dank der Erwartungshaltung mancher Auftraggeber nicht Wunder, das völlige Fehlen eines eindeutigen Bekenntnisses zur Presse- und Medienfreiheit sollte dennoch verblüffen (2). Durchaus als Ruhmesblatt für die aktiven Proponenten dürfen die Artikel zur Regelung von gentechnischen Manipulationen an Organismen gelten.

Dennoch – daß Bestimmungen für einen effektiven Minderheitenschutz (3) nicht in den Rechtskorpus aufgenommen wurde (der Minimalkompromiss der „Achtung der Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen“ in Artikel 22 – darf bestenfalls als eine Avance an die Beliebigkeit nationaler Wahlerfordernisse gelten), ist nicht weniger als Symptom für die disparaten Verfassungswirklichkeiten der einzelnen Partnerländer in der Union. Eifersüchtige Ressentiments, rechtlicher Wildwuchs und rezente Em-

pfindlichkeiten ließen nicht nur bis zuletzt einen einvernehmlichen Plenarbeschluss unmöglich erscheinen (Großbritannien u. Schweden sträubten sich), sondern machen die Mitgliedsstaaten im Entwurf einer europäischen Föderation immer noch zu Antagonisten. Die 52 Artikel des Dokuments, einer Charta, für die Aktivistinnen und Aktivisten einer europäischen Verfassung zwanzig Jahre lang gekämpft haben, sind vornehmlich gefrorene Posthorntöne.

Nicht Detailbestimmungen wie das „Recht zu arbeiten“ oder die Anerkennung der „unternehmerischen Freiheit“ sind es, die das Gesamtbild nivellieren, nicht das unglückselige Lavieren zwischen forensischer Clarté und verquaster Schwerpunktsetzung („dem benachteiligten Geschlecht“ soll ebenfalls Aufmerksamkeit zugebilligt werden), sondern die bedauernswerte Absenz der übergreifenden Umsetzungsbereitschaft. Im Gegenteil - ungebührlich oft entsteht der Eindruck, die geistigen Väter des Entwurfs hätten sich nur fallweise an der Menschenrechtskonvention orientiert, wenn es etwa heißt „die Union anerkennt und achtet das Recht auf Zugang zu den Leistungen der sozialen Sicherheit und zu den sozialen Diensten“ jedoch nur: „...nach Maßgaben des Gemeinschaftsrechts und der einzelstaatlichen Gepflogenheiten (4)“.

Generell mag die Diskussion um die Charta ja zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Belange eines derartigen Entwurfes gesorgt haben, mittels dieses Dokuments sollte es aber gelten, in den groben Linien der europäischen Außenpolitik Kohärenz und was die Reformen im Inneren anbelangt - man denke etwa an die Reform von Artikel 7 (Vertrag von Amsterdam), die sich ureigenst mit dem Thema der Grundwerte zu beschäftigen hat - ethische Geltung zu transportieren: Mehr als ein legistischer Brühwürfel für Anlassfälle hätte die Charta folglich sein müssen, zumindest teilweise berechtigt erscheint die Kritik an der Blockadeposition des Europäischen Gerichtshofs.

Die Grundrechtscharta ist, man neigt dies zu vergessen, nicht die ein-

zige essentielle Aufgabenstellung der Europäischen Union in unmittelbarer Zukunft – und auch was die Institutionenreform anbelangt, darf man auf die Kür vorausseilend gespannt sein. Zurecht prophezeite Helmut Schmidt in der Zeit für die finale Entschlußfassung der Regierungskonferenz eine „halbe Sache“, notdürftige Kosmetik ohne tiefgreifende Neugewichtung, vorausseilend kurzgeschlossen mit der ersten Erweiterungswelle. Ist all das also nicht mehr als juridisches Schau-turnen vor einer falben europäischen Rechtsfassade?

Die Verabschiedung des im Verborgenen gewachsenen Dokuments kann, mit Heinrich Neisser gesprochen, nicht mehr als der Beginn einer Debatte sein, deren Ziel es sein muss, den Rechtskatalog - als mehr oder weniger adäquates Substitut für die EMRK - verbindlich in einen reformierten Unionsvertrag zu integrieren. Sollte dies nicht auf absehbare Zeit möglich sein, und die Grundrechtscharta als Feigenblatt zur ethischen und juristischen Diskulpation einer reichlich marginalisierten Wertegemeinschaft dienen, hat sie ihr Ziel verfehlt.

Fußnoten:

- (1) Heinrich Neisser in der Furche vom 13. September 2000, S.3
- (2) Der Verband Österreichischer Zeitungen VÖZ und der europäische Presserat appellierten laut Standard vom 8. Oktober 2000 jüngst an die Regierungschefs, die Ratifikation der Charta von einer Neuformulierung des Artikels zur Freiheit und Unabhängigkeit der Medien abhängig zu machen.
- (3) Österreich hat sich erst kürzlich zu einer konstitutionellen Staatszielbestimmung für den Minderheitenschutz durchgerungen
- (4) VfGH-Präsident Ludwig Adamovich zeigt sich in einem Interview mit der Presse vom 25. September des Jahres „ernsthaft besorgt“ über gerade diesen Artikel und konstatiert: „der Teufel liegt im Detail“

Nun waren auch weiterführende Innovationen für einen europäischen Rechtsraum gerade im Bereich der Freiheit von virtuellen Netzwerken und ihrer Nutzbarkeit als demokratische Instrumente nicht zu erwarten, mangelnde Bereitschaft zum Beschreiten neuer Wege nimmt dank der Erwartungshaltung mancher Auftraggeber nicht Wunder, das völlige Fehlen eines eindeutigen Bekenntnisses zur Presse- und Medienfreiheit sollte dennoch verblüffen.

Franz Fillafer
Student am ipw

Studienrichtungsvertretung - was bedeutet das?!

Von Margot Wallner

Ich weiß heute nicht mehr, ob es eine willentliche Entscheidung war, als ich mich dazu entschlossen habe, für die Studienrichtungsvertretung am Institut für Ethnologie, Kultur- und Sozialanthropologie zu kandidieren. Ich muß zugeben, daß ich eigentlich nicht genau wußte, wie diese Entscheidung in mein bisheriges Leben eingreifen würde, es verändern würde.

Die Studienrichtungsvertretung ist bis jetzt ein wichtiges Gremium für alle Anliegen der Studierenden (wie lange werden wir das wohl noch sein, wo eigentlich von "höheren Mächten" die Auflösung der studentischen Vertretung höchst erwünscht scheint?).

Ich kann hier nur von der Situation an meinem eigenen Institut schreiben, wo die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Kurien, das heißt, Studierende, AssistentInnen, LektorInnen und ProfessorInnen (wobei bei letzteren die weiblichen Vertreter an einer Hand abzuzählen sind) ziemlich gut funktioniert. Dieses "ziemlich" soll hier aber nicht unter den Tisch fallen. Es drückt nämlich, und deshalb habe ich es auch verwendet, aus, daß es sehr wohl einige Mängel in der Zusammenarbeit gibt, besonders aber bei der Kommunikation untereinander.

Die Studienrichtungsvertretung besteht, im Falle der Ethnologie, aus fünf gewählten Personen, die sich dafür einsetzen, daß die Studierenden Gehör finden. Vor allem natürlich am Institut, aber, sofern es im Rahmen der eingeschränkten Möglichkeiten ist, auch außerhalb der eigenen Institutswände. Oft ist es schwierig alle Anliegen und Wünsche unter einen Hut zu bekommen. Bedürfnisse und Wünsche der Studierenden gehen nur allzuoft in komplett entgegengesetzten Richtungen zu den Wünschen der ProfessorInnen. Ein offenes Ohr für beide Seiten ist wichtig! Wichtig ist es aber auch, mit der Zeit starke Nerven zu entwickeln und sich nicht alles zu sehr zu Herzen zu nehmen. Konstruktive Kritik wäre und ist erwünscht, schließlich ist die Studienrichtungsvertretung alles andere als eine Diktatur. Sehr selten gibt es aber konstruktive Kritik. Kommunikation scheint sich zu einem riesigen Problem zu entwickeln. Die Gesprächskultur ist, nicht nur auf dem politischen Parkett, unter jeder Kritik. Gegenseitiges "Niederschreien" und verbales "Fertigmachen" stehen auch auf der Universität auf der Tagesordnung. Das fängt im kleinen Kreis unter Studierenden an, wo man/frau sich lieber beschweren geht, als Probleme direkt anzusprechen, und läuft auf Fakultätsebene weiter. Einfache Diskussionen enden in Schreiduellen. Was kann da schon konstruktiv geleistet werden?

Was hat das jetzt alles mit der Arbeit (und dem Freizeitvergnügen?) der Studienrichtungsvertretung zu tun? Gute Frage. Wie alle, die sich an der Universität engagieren, mußten wir, in diesem Falle ich, bald herausfinden, daß

die Studienrichtungsvertretung zwar unheimlich viel Freude und Verantwortung mit sich bringt, leider aber auch viel Frust und negativ vibrations von allen Seiten.

Zuerst jedoch zum Positiven: Freude und Verantwortung! Die Möglichkeit zur Mitarbeit am Institut. Nicht mehr nur dahinstudieren, keiner kennt dich und du bist im besten Fall ein Gesicht für den Vortragenden, das macht Freude. Wenn ich merke, daß meine Arbeit etwas bringt, daß ich (hier soll immer mitgedacht werden, daß wir mehrere Personen sind, die hier zusammenarbeiten) zum Beispiel den neuen Studienplan mitgestalten kann, daß ich Mitspracherecht, und somit durch mich auch alle anderen EthnologiestudentInnen, in Institutsghremien, wie Institutskonferenz und Studienkommission, habe. Daß ich, gemeinsam mit Studierenden, Projekte durchführen kann, die auch außerhalb des Instituts für Reaktionen sorgen. Zur Freude an diesen Dingen gesellt sich aber auch die Verantwortung, die ich tragen muß oder darf (?). Verantwortung bedeutet, auch für entsprechende Handlungen gerade zu stehen und gegebenenfalls "eingebrockte Suppen auslöffeln zu dürfen". Aber, mit Verantwortung wächst man/frau. Das klingt, selbst für meine Ohren, sehr pathetisch und hochgestochen. Ich kann es aber wirklich nur wiederholen. Verantwortung läßt jedeN wachsen. Ich habe sicher viel gelernt in den letzten eineinhalb Jahren, daß möchte ich gar nicht bestreiten. Wie ich mit verschiedenen Personen umzugehen habe. Wie ich das erreiche, was mir wichtig ist, auch wenn die Person, die am Ende zustimmen muß, anfänglich dagegen ist. Wie angespannte Situationen zu bewältigen sind. Wie, zumindestens rudimentär, ein Budget sinnvoll zu verwalten ist. Wie man/frau sich mit der österreichischen Bürokratie herumschlägt, um letztlich die Dinge durchzusetzen, die man/frau will. Daß alles führt zu *positive vibrations*.

Aber es gibt auch die *Dunkle Seite der Macht*, wie Obi Wan so schön nuschelt. Zuallererst, mangelnde Diskussionskultur. Das trifft mich persönlich immer sehr, weil ich der Meinung bin, daß, selbst wenn man/frau jemanden nicht zum persönlichen Freund haben will, man/frau trotzdem mit dieser Person zusammenarbeiten kann. Konstruktiv zusammenarbeiten. Wenn jedoch Schreiduelle eine normale Diskussion unterbinden, dann ist natürlich eine konstruktive Zusammenarbeit nicht möglich.

Ein zweiter sehr wesentlicher Punkt ist, daß die Position desR StudienrichtungsvertretersIn damit zutun hat, daß man/frau in der "Öffentlichkeit" steht und den unmöglichsten Angriffen ausgesetzt ist. Das fängt mit den üblichen "Du bist ein Schleimer"-Attacken an und kann bis zu den wüstesten Beschimpfungen, natürlich alles hinter dem Rücken, führen.

Mangelnde Bereitschaft von Seiten der Studierenden

führt zur nächsten Problematik. Zu Fünft können wir nicht alles alleine machen, immerhin studieren und arbeiten wir selbst auch. Immer weniger Studierende haben Interesse an der Mitarbeit am Institut. Immer weniger Studierende wollen sich außerhalb ihres Studiums engagieren. Was dazu führt, daß natürlich nicht so viele Aktionen gemacht werden können, wie wir es uns wünschen würden, weil wir einfach nicht das Potential haben und auch nicht jedes Wochenende auf der Uni verbringen wollen. Das führt aber auch wieder zu Kritik an der Studienrichtungsvertretung, weil wir nicht eine Aktion nach der anderen starten.

Alles, was wir zu sein scheinen, ist ein Dienstleistungsbetrieb, der jederzeit "zu springen hat", wenn irgendwer etwas von uns will. Rund-um-die-Uhr Betreuung von Studierenden, eine einzige Inskriptionsberatung (manchmal sogar in der Straßenbahn), daß scheint alles zu sein, was von uns erwartet wird.

Gegen diese Haltung wehren wir uns entschieden. Das Studium soll nicht nur konsumiert werden. Es ist ein aktiver "Aneignungsprozeß"!!! Selbst lernen, aber nicht nur das, was im Studienplan steht, ist mir wichtig. Politisches Bewußtsein entwickeln. Gerade im Falle der Ethnologie, über den eigenen "Tellerrand" schauen.

Mein *Arbeitstag* beginnt nicht um 12 Uhr mittags und endet auch nicht um 17 Uhr nachmittags. Auch wenn ich, der öffentlichen Meinung folgend, eigentlich den ganzen Tag zu Hause herumliegen müßte, bin ich praktisch jeden Tag von 8 Uhr bis 24 Uhr auf den Beinen. Was ich tagsüber nicht erledigen konnte, wegen Vorlesungen, Nebenjob und der Arbeit, die als Studienrichtungsvertreterin anfällt, das muß in der Nacht gemacht werden.

Da ich nun dem Ende, nicht nur meines Studiums, sondern auch dieses Artikels mit Riesenschritten entgegen eile, möchte ich aber nicht einen rein negativen Nachgeschmack bei den LeserInnen hinterlassen. Die Studienrichtungsvertretung macht auch Spaß! Sie birgt eine Fülle von neuen Erfahrungen und Möglichkeiten. Und wer sagt schließlich, daß man/frau nicht auch aus negativen Erfahrungen einen Gewinn ziehen kann?

Margot Wallner

Studentin und
Studienrichtungsvertreterin der Ethnologie

NEUER STUDIENPLAN für das Fach **POLITIKWISSENSCHAFT** an der Universität Wien

Das Institut hat einen neuen Studienplan erarbeitet (siehe Homepage). Er ist von der Studienkommission beschlossen, bedarf nun noch der Zustimmung des Rektors und des Ministeriums. Voraussichtlich wird er zum WS 2001/2002 in Kraft treten.

Weitere Infos (Inhalte des Studienplans, Übergangsregelungen, etc.) in den folgenden Politix-Heften.

Hört auf zu studieren,

*Da preist man uns das Leben großer Geister
Das lebt mit einem Buch und nichts im Magen
In einer Hütte, daran Ratten nagen
Mir bleibe man vom Leib mit solchem Kleister!
(Ballade vom angenehmen Leben, Bert Brecht)*

Anscheinend sind alle einer Meinung: Gegen die Studiengebühren muß protestiert werden. Wenn auch meist aus denkbar blöden Gründen. Die AG-dominierte Bundes-ÖH ist darüber hinaus noch moralisch schockiert: "Sie haben euch belogen" ist auf ihren Plakaten zu lesen, gemeint sind der Bundeskanzler und die Bildungsministerin. Der Schock ist verständlich, fällt doch die Mutterpartei der Tochterorganisation offensichtlich in den Rücken, und das ohne Vorwarnung über die sonst bewährten männerbündlerischen Cartellverbandsseilschaften (CV, MKV). Die moralische Empörung zeigt allerdings, daß die Einsicht in politische Mechanismen unter das Niveau eines wohlbekannten, wenn auch nicht wohlgeleiteten italienischen Renaissancemenschen fällt: "Ein kluger Herrscher darf daher sein Wort nicht halten, wenn es ihm zum Nachteil gereicht und wenn die Gründe fortgefallen sind, die ihn veranlaßt hatten, sein Versprechen zu geben." (Machiavelli) Die Einsicht, daß Herrschaft anderen Zwecken gehorcht als den von der AG unterstellten, wird durch ein Insistieren auf ebendiese vorgestellten Zwecke ersetzt.

Abseits dieses moralinsauren Aufheulens gibt die AG zu erkennen, daß sie grundsätzlich nichts gegen Gebühren einzuwenden hätte, wenn nur die Gegenleistung stimmen würde: "Überfüllte Hörsäle, fehlende Praktikumsplätze, stundenlanges Schlangestehen, keine Prüfungstermine, monatelanges Warten auf Diplomarbeits-Approbationen. Uni-Alltag in Österreich. "Dafür sollen wir künftig 10.000 Schilling jährlich zahlen" ist auf ihrer Homepage gegen Studiengebühren zu lesen. Fazit: Unireform statt Studiengebühren. Denn stimmt das Angebot, sind also alle diese Hemmschuhe einer ungebremsen Leistungsentfaltung beseitigt, sehen bürgerliche Subjekte sofort ein, daß das seinen Preis haben muß.

Grundsätzlich bereit, Leistung zu zeigen, sind alle, und nichts ist verhaßter als das Klischee des "Bummelstudenten". So schreit auch der VSSÖ in Form von Flugblättern auf, wenn "nicht Leistungsfähigkeit (...) das entscheidende Kriterium für den Hochschulzugang sein (wird)". Denn daß es einen Konkurrenzkampf gibt, dessen fragwürdige Prämie die etwas höhere Positionierung in der lohn-arbeitsförmigen Berufshierarchie ist und bei dem es nicht

nur SiegerInnen geben kann, ist gegessen. Eingefordert wird nur die Chancengleichheit beim Start des Rennens; daß dabei Leute auf der Strecke bleiben, ist klar. Nur noch die wenigen utopistischen "Weicheier", die noch nicht kapiert haben, daß auf Unis Fachausbildung und Vorbereitung auf Beruf und Arbeitsmarkt betrieben werden, können sich daran stoßen.

Nicht umsonst war eine der Fragen, die das Team rund um den Sozialwissenschaftler und Philosophen Theodor W. Adorno in den "Studien zum autoritären Charakter" stellte, auf die Universitäten gemünzt. Diese Studie stellte in den 40er Jahren den Versuch dar, autoritäre Charaktertendenzen in der Bevölkerung festzustellen. Ein Element dieser Tendenzen wird als Verweigerung der Einsicht in innere, in geistige Vorgänge beschrieben. Auf Universitäten bezieht sich dann die Frage, wer der Feststellung zustimmen würde, daß an den Unis zu viel Wert auf intellektuelle und theoretische Themen gelegt wird und nicht genug auf praktische Dinge und die irdischen Tugenden des Lebens. Der Inhalt dieser Frage, die damals noch aus wissenschaftlichem Interesse gestellt werden konnte, da das Einordnen in das nun ein-

fangt an zu begreifen!

Von der StrV

mal Bestehende um des Bestehenden willen kritisch gesehen wurde, ertönt heute von Seite der StudentInnen. „Bessere Berufsvorbereitung für mehr Chancen am Arbeitsmarkt!“ ist der Tenor der studentischen Forderungen.

Diese Postulate besitzen vom subjektiven Standpunkt aus insofern einen rationalen Kern, als der Zweck der Ausbildung an Unis in marktwirtschaftlich geregelten Gesellschaften nicht der ist, daß Menschen lernen, sich „ihres Verstandes ohne die Leitung eines anderen zu bedienen“ (Kant), wie das eine Grundforderung der Aufklärung war, sondern die bedarfsgerechte Verteilung des Menschenmaterials auf die Hierarchie der Berufe. Da wünscht sich jeder und jede eine gute Ausgangsposition. Daß aber nicht über diesen Zweck nachgedacht wird und er und seine Gründe kritisiert werden, sondern eine blinde Unterordnung unter ihn stattfindet, ist ein Problem der Studierenden und das Elend des Protestes. Wenn die Forderung nach Bildung Sinn machen soll, dann nur dahingehend, daß über eben diese gesellschaftlichen Verhältnisse, die diese Zustände zeitigen, nachgedacht wird und anhand der Ergebnisse dieser Überlegungen das Beste-

hende praktisch kritisiert wird. Dem Aufruf der AG in ihrer Zeitung „uni aktuell“: „Hilf uns beim Aufzeigen der Mißstände in deinem Studium!“ muß die Antwort entgegengehalten werden, die der Kritiker der Politik, Johannes Agnoli, zu ähnlichem Anlaß in einem Interview gab: Er sieht das Problem darin, daß viele Leute „dazu übergegangen sind, Mißstände zu kritisieren und Mißbräuche zu denunzieren, während es meines Erachtens gerade darauf ankommt, Zustände zu kritisieren und den normalen Gebrauch der Politik zu denunzieren.“

Basisgruppe Politikwissenschaft
mailto: bagru.powi@gmx.at

FIONA RUKSCHCIO

Talente von PolitikwissenschaftlerInnen können vielseitig sein. Bei der Diagonale 2000, dem Festival des österreichischen Films, das jährlich in Graz stattfindet, gewann heuer die junge Regisseurin Fiona Rukschcio, Absolventin der Politikwissenschaften, den Diagonale-Preis für Innovatives Kino. Der folgende Artikel über den Film stammt von Harriet Leischko.

Fiona Rukschcio vereint in ihrem Video <common places> 27 Frauen und ihre Erzählungen über den ganz "normalen" Belästigungsalltag, dem jede Frau in jeder Situation ausgesetzt sein kann. <common places> erzeugt eine unmittelbare Konfrontation mit dem alltäglichen Sexismus, beschreibt Situationen der Belästigung ohne jegliche Stilisierung und Überzeichnung. Fortlaufende Grenzüberschreitungen an allen Plätzen zu jeder Zeit, die Frauen in ihren Privaträumen, an öffentlichen Orten, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Arbeitsverhältnissen, in Ausbildungsverhältnissen widerfahren.

Sie lässt den BetrachterInnen durch die clipartige Aneinanderreihung der einzelnen Sequenzen keine Möglichkeit sich zu entziehen. <common places> ist kein kunstvoll arrangiertes und symbolbefrachtetes Phantasiegebilde, sondern ein klar strukturiertes, unverzerrtes Abbild der alltäglichen Realität.

Fiona Rukschcio bedient sich in <common places> keiner Klischees, sie benötigt keine aufwendige, marktschreierische Inszenierung, keine Requisiten aus einem "shop of horror", um Spannung zu erzeugen. Sie präsentiert nicht die Spitze des Eisbergs, sondern eröffnet einen Zugang zu dem Teil, der im Verborgenen liegt, der keinen unmittelbaren Sensationswert in sich birgt, den Teil, der keine mediale, quotenträchtige Verwertbarkeit in sich trägt, den Teil, dem Frauen in einer auf patriarchalen, männerbündischen Strukturen basierenden Gesellschaft selbstverständlich tagtäglich ausgesetzt sind. Sie lässt die Frauen die verschiedenen Belästigungssituationen an den entsprechenden Orten beschreiben, die Betroffenheit der Betrachterin steigt mit

jeder weiteren Erzählung, das Unbehagen wächst. Und - es gibt am Ende nicht mehr die Möglichkeit zu sagen, "das geht mich nichts an, mir könnte so was nie passieren", im Gegenteil <common places> erzeugt eine Reflexion der eigenen Geschichte auf der Suche nach genau diesen, teilweise fast unsichtbaren, alltäglichen Belästigungen im weitesten Sinne. Das Bild vom "bösen Unbekannten", der an dunklen Straßenecken auf seine Opfer lauert, wird sukzessive demontiert. Wohl wird dieser Typus als eine Variante nicht verleugnet, doch die Grenzüberschreitungen

<common places> beschränkt sich aber nicht auf die eindringlichen Beschreibungen der verschiedenen Situationen, die blossen Sichtbarmachungen als 'common place', im Sinne von 'Gemeinplatz', der Frauen zu armen Opfern von bösen Männern macht und sie dadurch nochmals entmündigt und ihres 'Subjektstatus' beraubt.

finden genauso in der unmittelbaren Umgebung in den verschiedenen Bezügen zu Männern statt. Es sind schließlich auch die

Freunde, Bekannten, Arbeitskollegen, Kunden, Studienkollegen, Verwandten, die die physischen und psychischen Grenzen der Frauen mißachten, die sie begripschen, bedrohen, beglotzen, bequatschen, Abhängigkeitsverhältnisse zum eigenen Vorteil ausnützen wollen.

Denn die Erzählungen beinhalten gleichzeitig eine breite Palette an Strategien, wie sich die Frauen erfolgreich zur Wehr gesetzt haben, wie sie ihren Stolz, ihre Integrität, sei es ihre eigene, sei es die anderer Frauen, verteidigt haben.

Fiona Rukschcio gelingt es durch die Aneinanderreihung der verschiedenen Erzählungen in beeindruckender Weise, eine Fülle an Möglichkeiten zu präsentieren, deren Wirkungen schlichtweg ermutigend und befreiend sind.

Auch auf dieser Ebene geht es nicht um spektakuläre und sensationelle Aktionen der Gegenwehr, die Frauen werden nicht als phantasmatische Heldinnen und/oder unerschrockene Meisterinnen der Selbst-

< COMMON PLACES > A1999

verteidigung inszeniert, die gegen das allumfassende Böse kämpfen. Unsicherheit und Angst haben ihren Raum, aber eben nicht ausschließlich. Genau dadurch aber werden die Frauen zu beispielgebenden Akteurinnen, sie bewahren durch ihre Ideen, ihre Schlagfertigkeit und Zivilcourage ihren Subjektstatus und lassen sich nicht länger auf die ihnen gesellschaftlich zugewiesene Opferrolle reduzieren. Nebenbei bemerkt: immer sehr zur Verblüffung der grenzüberschreitenden Männer!

wickeln, um einander Mut zu machen und einander anzuerkennen in den verschiedenen Strategien.

Es sollte für Mädchen und Frauen gleichermaßen zum common sense werden, dieses Video zu sehen!

<Sie: "Ja, probier' das, du Manderl he, ich mach' dich fertig.">

<Sie: "Was ich immer schon mal tun wollte,...">

<Sie: "Du bist gar nicht geil, das klingt ganz anders, nicht echt,...">

<Sie: "Der ist dann garantiert sofort weg!">

Sehr deutlich wird in diesem Zusammenhang auch, daß die Auseinandersetzung mit eben dieser Rolle für jede Frau (über)lebensnotwendig ist, denn nur dadurch kann es gelingen, den fast selbstverständlichen Grenzüberschreitungen Einhalt zu gebieten. <common places> zeigt darüber hinaus aber noch ein ganz anderes wesentliches Element auf, nämlich die Wichtigkeit der Solidarisierung von Frauen untereinander. Fiona Rukschcio vermittelt diese Wichtigkeit niemals aufdringlich - und deshalb umso wirkungsvoller. Sie erinnert alle Frauen daran, dass ihnen kein nur sie persönlich betreffender individueller "Schicksalsschlag" widerfahren ist, sondern dass die patriarchatsimmanenten Grenzüberschreitungen jede Frau in den verschiedensten Situationen treffen können. Ansprechen und Thematisieren sind die zentralen Botschaften, um die Sinne zu schärfen in Bezug auf die nahezu banalen Alltagssituationen, um gemeinsame Möglichkeiten zu ent-

Anmerkung:

Die oben angeführten Zitate stammen aus dem Video. Dieser Artikel erschien erstmals in der Zeitschrift „nylon – kunStoff zu feminismus und popkultur“ im April 2000.

Mag a Harriet Leischko
Feministische Ökonomin u. Kulturmanagerin

Zusammengestellt von **Katharina Zahradnik**

Mag.a phil – und tschüss?

Initiative zur

Entgegen internationalem Usus ist die Erstellung einer Dissertation in Österreich als Studium eingerichtet und nicht als Post-Graduate. Für die Dissertierenden bedeutet das, dass sie einerseits StudentInnen sind (und in Zukunft Studiengebühren zahlen müssen) und andererseits WissenschaftlerInnen sein sollen, zumal die Dissertation an entsprechenden Kriterien gemessen wird.

Für die Erstellung einer wissenschaftlichen Arbeit ist jedoch die Einbindung in ein akademisches Umfeld unerlässlich. Wer immer nur zu Hause arbeitet, beginnt im eigenen Saft zu schmoren und verliert den Anschluss an die wissenschaftliche Welt. Das akademische Umfeld ist jedoch für StudentInnen kaum zugänglich. Einige Institute versuchen dieses Manko zu beheben, indem sie DissertantInnen als VertragsassistentInnen anstellen. Der Nachteil ist, dass auf diese Art Themen eingeengt und abgelehnt werden, die Dissertationen auf die Bedürfnisse des jeweiligen Instituts (bzw. Professors) zugeschnitten werden und viele mit ihren Themen auf der Strecke bleiben, weil sie keine Betreuung finden können.

Im Gegensatz dazu wird am ipw-Währingerstraße auf The-

menvielfalt Wert gelegt. Das ist gut so und soll auch beibehalten werden. Doch die Erstellung einer Doktorarbeit wird immer mehr zu einer Privatangelegenheit der Dissertierenden - und das dürfte für die gesamte GRUWI-Fakultät gelten. Mit dem Argument der finanziellen und personellen Ressourcenknappheit wird DissertantInnen jede "symbolische", "moralische" oder - wie immer frau sie bezeichnen will - Unterstützung und Anerkennung als wissenschaftlich Ar-

Ausgehend vom DissertantInnen-Seminar Kreisky hat sich eine Initiative gebildet, die diese Mängel aufzeigen und beheben will. Am Anfang stand die Frage: Wie kann das Institut/die Fakultät seine/ihre Anerkennung und Akzeptanz der DissertantInnen als wissenschaftliche MitarbeiterInnen zum Ausdruck bringen?

beitende verwehrt. Dazu kommen Kompetenzkonflikte, die eine Bindung der Dissertierenden an das jeweilige Institut erschweren, da das Doktoratstudium offiziell an der Fakultät eingerichtet ist. Als Folge davon verfügt das ipw nicht einmal über genaue Informationen darüber, wer ein Doktoratstudium für Politikwissenschaft inskribiert hat.

Ausgehend vom DissertantInnen-Seminar Kreisky hat sich eine Initiative gebildet, die diese Mängel aufzeigen und beheben will. Am Anfang

stand die Frage: Wie kann das Institut/die Fakultät seine/ihre Anerkennung und Akzeptanz der DissertantInnen als wissenschaftliche MitarbeiterInnen zum Ausdruck bringen?

Ein wesentliches Ziel der Aktionen sollte die Anerkennung der DissertantInnen durch das Institut sein, was durch eine gezielte "Sichtbarmachung" erreicht werden soll, die mit geringen Mitteln umgesetzt werden könnte.

Der/die DissertantIn sollte stolz darauf sein können, an diesem Institut zu schreiben. Aber auch umgekehrt tragen immerhin gute Dissertationen zum Ruf des Instituts bei. DissertantInnen sollen sich nicht mehr als StudentInnen, sondern als ForscherInnen und WissenschaftlerInnen begreifen kön-

nen und sich auch als solche präsentieren. Die Vernetzung der DissertantInnen ist ein erster Schritt dazu. Deshalb wurde eine Mailingliste gegründet, über die diskutiert wird und weitere Aktionen geplant werden. Außerdem werden über die Liste (durch die Unterstützung von J. Melchior) regelmäßig forschungsrelevante Informationen (call for papers, Konferenzen, Stellenausschreibungen usw.) verschickt. Wir wollen insbesondere DissertantInnen der GRUWI Fakultät auf diese Lis-

Sichtbarmachung von DissertantInnen am Institut für Politikwissenschaft

Von Marion Löffler

te einladen. Sie ist auch offen für interessierte Nicht-DissertantInnen und kann durch ein E-mail an PhD_Politikwissenschaft-subscribe@egroups.de abonniert werden.

Unsere Initiative kann bereits erste Erfolge verbuchen, wie z.B. dieser Platz im Politix. Zudem wurde von Seiten des ipw zugesichert, DissertantInnen mit Lebenslauf und Forschungsthema auf der Instituts-Website zu veröffentlichen. Mit der Bitte Universitäts-E-Mail-Adressen zu erhalten (statt jener in Form von Matrikelnummern) haben wir uns im Juni d.J. an den Rektor und alle zuständigen Universitäts-Stellen gewandt, bis dato jedoch keine Antwort erhalten. (Vielleicht liegt es an den Sommerferien.)

Andere Vorschläge sind noch in Diskussion:

- Präsentieren der eigenen Forschung:

u.a. auf der institutseigenen Website, auf einer eigenen, einzurichtenden Dissertationswebseite?, Start einer Serie von Working Papers des Instituts?, Vortragsreihe von DissertantInnen am Institut?, Ringvorlesung von DissertantInnen?

- Ausbildung in Forschung und Lehre:

Wenn schon keine Lehrveranstaltungen abgehalten werden können, so könnten Disser-

tantInnen doch wenigstens als TutorInnen herangezogen werden.

Diesen "weichen" Aktionen und Vorschlägen werden jedoch "härtere" folgen müssen, die nicht mehr universitätsintern durchzuführen sind. Weitergehende Aktionen haben nun an Dringlichkeit gewonnen. Denn statt an den strukturellen Problemen etwas zu ändern, fällt der Regierung nichts Besseres ein als Studiengebühren einzuheben.

Ideen und Mithilfe für entsprechende Aktionen werden dringend gesucht. Wir möchten an dieser Stelle noch mal alle Interessierten und Betroffenen zur aktiven Mitgestaltung unserer (eurer) Anliegen aufrufen. Fragen und Anregungen bitte an Birgit.Weiss@aon.at oder Marion.Loeffler@aon.at oder einfach die Liste abonnieren durch mail an PhD_Politikwissenschaft-subscribe@egroups.de. Website: www.political-science.at

Marion Löffler
Dissertantin am ipw

**Der/die
DissertantIn sollte stolz darauf
sein können, an
diesem Institut zu
schreiben. Aber
auch umgekehrt
tragen immerhin
gute
Dissertationen
zum Ruf des
Instituts bei.**

Kommentar “Voll getroffen”

Von Bettina Scholdan

5.000,- öS sollen wir nun zahlen (ja, auch wir - bei mir hat es einen halben Tag gebraucht, bis ich von Solidarität mit der jungen Generation der österreichischen Neoliberalismus-Ära auf ganz persönliche Betroffenheit umgeschaltet habe) für jedes Semester, in dem wir unsere Diss (unter anderem) wieder nicht fertig haben, weil wir keine Stipendien bekommen, von denen wir auch leben können, weil wir keine Jobs an der Uni bekommen, die uns lehren zu lehren und uns obendrein ernähren, weil wir im luftleeren Raum an unserer Wissenschaftlichkeit basteln, die mehr und mehr ein blanker Luxus scheint (und es auch ist, machen wir uns da nichts vor).

Die eine Milliarde (mehr als ein Achtel der gesamten Einsparungen, die sozial treffsicher vorgenommen wurden - Treffsicherheit ist ja ein relativer Begriff, abhängig davon, wen man eigentlich treffen will, und angesichts der durchaus auf Gegenseitigkeit beruhenden Feindbilder der Regierung scheint das Sparprogramm ja sehr gelungen) soll für die Verbesserung der Bedingungen an den Universitäten verwendet werden. Größere soziale Treffsicherheit (allein

diese Phrase lässt eine/n mittlerweile gruseln) soll zum Ausgleich bei der Vergabe von Stipendien Wunder wirken. Hier geht es nicht nur darum, ob 5.000,- viel oder vergleichsweise wenig sind und dass DissertantInnen nun wirklich nicht aus bloßem Spaß an der Freud Semester um Semester inskribieren - hier geht es darum, dass es nichts für nichts gibt. Kein Studium, keinen Dokortitel, aber auch keine 5.000,- für miserable Studienbedingungen, die sich so ruck zuck, wie diese Regierung Sparstrümpfe strickt, nicht verbessern werden.

Bettina Scholdan

redaktionelle Mitarbeit: **Birgit Weiss, Biljana Menkovic**
alle: Dissertantinnen am ipw

PRAKTIKUMSFÜHRER für PolitologInnen

Von Helmut Lang

Vom Wintersemester 1999/2000 bis zum Sommersemester 2000 organisierte die Alumni Politikwissenschaft am Institut in der Währingerstraße ein Praktikumsbüro, dessen Zielsetzung es war, allen InteressentInnen an Praktika Informationen aller Art zur Verfügung zu stellen. Auf der Grundlage der Erfahrungen des Praktikumsbüros entstand ein Praktikumsführer, der die häufigsten Fragen beantworten und den grundlegendsten Informationsbedarf all jener, die Praktikumsstellen suchen, decken soll.

Der Praktikumsführer gibt einen Überblick darüber, in welchen Bereichen einigermaßen berufsspezifische Praktika grundsätzlich möglich sind, und es finden sich einige allgemeine Tipps und Hinweise für die eigenständige Suche nach Praktikumsplätzen.

Der Praktikumsführer wird demnächst im Wiener Universitätsverlag (WUV) erscheinen.

Feed-back ist erwünscht und kann sowohl an meine E-Mail-Adresse a9004839@unet.univie.ac.at als auch an die Redaktion von Politix gerichtet werden. Bitte macht auch Vorschläge für die Weiterführung und Verbesserung des Projektes Praktikumsführer, vielleicht findet sich auch jemand, der die Arbeit der Aktualisierung und Weiterführung übernehmen will.

Helmut Lang

Absolvent des ipw
und Leiter des Praktikumsbüros

Gastprofessorin am ipw im WS 00

Marina Calloni

Ein Porträt

Von Katharina Zahradnik

Kurzbiographie:

Studium der Philosophie an der Universität von Mailand und der Universität von Pavia. Studium der Sozial- und Politikwissenschaften am European University Institut in Florenz. Research Fellow an der Universität Frankfurt. Gastprofessuren: Universität von Pisa, Bremen und Lugano. Forschungsschwerpunkte: Sozialphilosophie und Geschlechterforschung; die Kritische Theorie; Theorien der Ethik, und Gerechtigkeit; Demokratie und kulturelle Konflikte; Europäische Mobilität und Citizenship, Internationale Forschungsnetzwerke. Publikationen u.a.: M.Calloni & I.Peretti (Hrsg.), *The Changing Welfare State: Citizenship, Gender, and the Family. Experiences of Northern And Southern Europe*, Rome: Ministero per le Pari Opportunità (in Druck); M.Calloni, B.Dausien & M.Friese (Hrsg.), *Migrationsgeschichten von Frauen. Beiträge und Perspektiven aus der Biographieforschung*, Bremen: IBL – Universität Bremen Verlag, 2000; M.Calloni & A.Saarinen (Hrsg.), *Gender, Research and Networks across Boundaries. A different approach to globalisation*, Copenhagen: Nordic Council of Ministries (in Druck).

Fragt man Marina Calloni nach den Lehrveranstaltungen, die sie dieses Semester als Gastprofessorin an unserem Institut hält, so lobt sie zuallererst den Enthusiasmus der StudentInnen. Angesichts ihrer internationalen Forschungs- und Lehrtätigkeit und den dadurch gewonnen Vergleich ist dieses Lob noch erfreulicher. Ihre Forschungsschwerpunkte sind vor allem Sozialphilosophie, die Kritische Theorie, Geschlechterforschung und Theorien der Ethik und Gerechtigkeit.

Momentan unterrichtet Marina Calloni Philosophie der Sozialwissenschaften an der Universität Milano-Bicocca, doch die letzten fünf Jahre forschte sie am Gender - Institut der London School of Economics and Political Science. Dort hat sie an der Koordination eines Internationalen Netzwerkes von Forschungsprojekten, die der Frauen- und Geschlechterfrage im transkulturellen Überblick gewidmet sind, gearbeitet.

Konkret handelte es sich dabei vor allem um die europäischen Projekte Women and Science bei der Europäischen Kommission in Brüssel, AOIFE (Association of Institutions for Feminist Research and Education in Europe, Oslo) und ATHENA (Advanced Thematic Network in Activities in Women's Studies in Europe, Utrecht). Auch außerhalb der Europäischen Union arbeitet Marina Calloni an einigen Projekten und Netzwerken, die insbesondere Rußland, China und Albanien umfassen. In Albanien arbeitet sie beispielsweise für die Vereinten Nationen an der Gründung eines Gender - Instituts an der Universität von Tirana.

Bei ihrer Lehrtätigkeit ist es ihr ein wichtiges Anliegen, daß StudentInnen traditionelle politikwissenschaftliche Theorien und Begriffe gewissermaßen durch eine „neue Brille“ betrachten. Dies öffne insbesondere für die Entwicklung neuer Begriffe den Weg.

So geht eines der Seminare Callonis, die unter anderem bei Jürgen Habermas studiert hat, beispielsweise der Frage nach, inwiefern die Kritische Theorie, bzw. die Frankfurter Schule, heute noch geeignet ist, die sogenannte globale Gesellschaft zu erfassen.

Ihr Seminar über die Gender - Perspektive in der Politikwissenschaft, das in englischer Sprache gehalten wird, möchte Calloni möglichst interaktiv gestalten. Durch die Teilnahme einiger ausländischer StudentInnen, berichtet sie, entstehe ein vielseitiger Erfahrungsaustausch und gemeinsame Lernprozesse von denen alle TeilnehmerInnen profitieren.

Angesichts ihrer Anforderung, politikwissenschaftliche Begriffe und Theorien der Gerechtigkeit auch im Lichte heutiger politischer Entwicklungen, sozialer Konflikte und den oftmals damit verbundenen persönlichen Erfahrungen zu betrachten und vor allem angesichts ihres Gründerinstinkts für Netzwerke, ist sie über diese Entwicklung im Seminar besonders erfreut.

Katharina Zahradnik
Studentin am ipw
und Redaktionsmitglied

**Das Institut gratuliert Prof. Helmut Kramer
ganz herzlich zu seinem 60. Geburtstag!**

Als Geschenk haben ihm Kollegen und Kolleginnen das Buch „Von der Macht der Köpfe“, hg. von Eva Kreisky, Wien (WUV) gewidmet.

Politix erreichte folgender Brief:

KZs im Kosovo und Anderswo

Mit der österreichischen Geschichte im Hintergrund sollte es selbstverständlich sein, daß mit Begriffen, die die einmalige industrielle Massenvernichtung der Jüdinnen und Juden durch die Nazis bezeichnen, vorsichtig umzugehen ist und die Schoah nicht durch unangebrachte Vergleiche mit Bürgerkriegen oder Vertreibungen relativiert wird.

Wie hegemonial diese Relativierung der Schoah in der österreichischen Bevölkerung ist, zeigt aber auch der Lehrbetrieb an der Politikwissenschaft in Wien, in dem es bei einzelnen Vorlesungen möglich ist, Holocaust-relativierende Statements sowohl von Lehrenden wie Studierenden zu hören.

Letztes Semester fand am Institut in der Währinger Straße ein Proseminar von Henriette Riegler über den Jugoslawienkonflikt statt. Im Rahmen dieses Proseminars kam es zu einer Diskussion über die Verwendung von Begriffen wie „Völkermord“ oder „Konzentrationslager“ für die Situation in den Bürgerkriegen Bosniens und des Kosovos. Von Seiten der anwesenden Studierenden wurde dabei der Begriff „KZ“ ganz selbstverständlich auf Sammellager der serbischen Seite angewendet, in die angeblich KosovarInnen und BosnierInnen gesteckt worden waren. Erst mein Hinweis darauf, daß der Begriff KZ im deutschen Sprachraum ganz spezifische Lager der Nazis bezeichne und immer mit Auschwitz konnotiert werde, löste überhaupt eine Debatte über diese Begriffe aus. Dabei war ich der einzige unter ca. 25 anwesenden Studierenden, der sich gegen diese mißbräuchliche Verwendung des Begriffes KZ wandte. Schlimmer noch, als ich versuchte, den angehenden PolitologInnen zu erklären, daß der Unterschied zwischen der Politik der Nazis gegenüber Jüdinnen und Juden und jener der

serbischen Regierung gegenüber KosovoalbanerInnen und muslimischen BosnierInnen jener ist, daß die Nazis eine systematische, industrielle Massenvernichtung betrieben hätten und die serbische Regierung „nur“ Vertreibungen und „ethnische Säuberungen“ praktiziert habe, was zwar natürlich auch schlimm ist, aber eben nicht das gleiche, wurde mir von einem der anwesenden Studenten erklärt, daß er sehr wohl glaube, daß es in Bosnien und im Kosovo einen ebensolchen systematischen und industriellen Massenmord gegeben habe. Mehrfach wurde dabei auch der Begriff „Völkermord“ benutzt. Dies alles konnte von den anderen Studierenden und der Lehrveranstaltungsleiterin unwidersprochen von sich gegeben werden.

Als ich behauptete, daß die Verwendung solcher Begriffe für andere Konflikte, die auch nicht annähernd an die Schoah heranreichen, nichts zu einer größeren Klarheit beitragen, hingegen sehr wohl zu einer Relativierung der eigenen Verbrechen, und daß genau diese Möglichkeit der Relativierung der Schoah die eigentliche Intention der Verwendung von „KZ“ für jedes Lager und der Verwendung von „Völkermord“ für jeden Bürgerkrieg ist, griff schließlich auch die Lehrveranstaltungsleiterin ein und meinte: „Also ich habe noch nie von jemandem gehört, daß er das so mißverstanden hat wie sie. Wenn das viele so sehen würden, wäre ich natürlich dafür, solche Begriffe nicht mehr zu verwenden, und ich gehöre sicher nicht zu diesem politischen Lager, das sie da meinen. Bisher waren sie aber der einzige der das so verstanden hat und deshalb finde ich sehr wohl, daß man im Falle des Kosovo und Bosniens von Völkermord sprechen kann und daß es dort auch KZs gegeben hat.“

Da ich nicht glaube, daß alle anderen Institutsangehörigen diese Mei-

nung teilen, möchte ich auf diesem Wege bekannt machen, was hier von Henriette Riegler im Rahmen des Lehrbetriebs auf der Politikwissenschaft von sich gegeben wird und die Verantwortlichen auffordern, Lehrbeauftragten, die eine NS-verharmlosende Sprache verwenden, ihre Lehraufträge zu entziehen.

Thomas Schmidinger
Student am ipw



Wie man (sich) eine Debatte verbietet oder: die Verharmlosung von Omarska und Keraterm

In meiner langjährigen wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien bin ich schon einiges an Vorwürfen und Unterstellungen gewöhnt. Kaum ein anderes Thema der internationalen Politik wird derart als Projektionsfläche für die Bestätigung und Rechtfertigung eigener ideologischer Positionen benutzt. Fakten, Argumente und wissenschaftliche Erkenntnisse werden in einem solchen Kontext nur zugelassen, wenn sie die eigene Position bestätigen. Wie gesagt, ich bin einiges gewöhnt, Thomas Schmidinger stellt aber alles vorher Dagewesene in den Schatten. Er wirft mir nichts weniger Ungeheuerliches vor als die Verharmlosung des Nationalsozialismus und fordert meinen Kopf, pardon, den Entzug meines Lehrauftrags.

Was im Seminar wirklich geschah ...

Während des Seminars im letzten Wintersemester behauptete ein Teilnehmer nach einem Referat über den Kosovo, es hätte dort industriell organisierter Massenmord an den AlbanerInnen stattgefunden. Anders als es Thomas Schmidinger beschreibt, habe ich darauf hingewiesen, daß dies nachweislich falsch ist. In der Folge kam es zu einer lebhaften Diskussion darüber, ob man Begriffe wie Genozid und Konzentrationslager im Kontext der ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien verwenden dürfe. Ich teile die Einschätzung vieler ExpertInnen, daß dies nach der gängigen Definition dieser Begriffe (1) und dem aktuellen Wissensstand im Hinblick auf die bosnischen Muslime als auch die Kosovo-albanerInnen sehr wohl Sinn macht. Zur gleichen Einschätzung der ethnischen Säuberungen kommt übrigens auch das Kriegsverbrechertribunal von Den Haag und hat zahlreiche Kriegsverbrecher wegen Genozids angeklagt. Nicht zufällig zählen zu den wegen Genozids angeklagten politisch und militärisch Verantwortlichen (Karadzic, Mladic, Krajcnik etc.) auch die Lagerkommandanten von Omarska und Keraterm.(2)

Thomas Schmidinger konstruiert nun, vielleicht um eine sehr aufschlußreiche Debatte über den Charakter und die Struktur der ethnischen Säuberungen per Diskreditierung zu beenden, einen Zusammenhang mit dem Holocaust. Wird davon gesprochen, daß es in Bosnien Genozid gegeben hat und er im Kosovo zumindest versucht wurde, sagt Schmidinger, das dürfe doch nicht mit dem Holocaust verglichen werden. Werden Lager wie Keraterm oder Omarska als Konzentrationslager bezeichnet, verwahrt er sich gegen die Gleichsetzung mit Auschwitz. Bloß, nur er stellt diesen Vergleich her, im Gegensatz zu ihm habe ich in diesem Zusammenhang nie von Auschwitz oder dem Holocaust gesprochen. Den Eindruck, daß ihm diese Vorwürfe in erster Linie dazu dienen, seinerseits die ethnischen Säuberungen zu verharmlosen, habe ich nicht nur während der Diskussion im Seminar gewonnen, er drängt sich mir auch auf, wenn Schmidinger in seinem Brief „von Sammellagern...“ spricht, „...in die angeblich KosovarInnen und BosnierInnen gesteckt wurden“. In den Lagern wurde die Bevölkerung also nur gesammelt (wozu eigentlich, zu ihrem eigenen Schutz, oder damit sie ethnisch nicht so verstreut leben müssen?) und auch das nur angeblich. Vielleicht gab es Omarska, Keraterm und zahlreiche andere Lager also gar nicht, wie viele der Täter bis heute behaupten? Ist es zu polemisch zu fragen, von wem Thomas Schmidinger die Kunst der Verharmlosung gelernt hat?

Zum Schluß noch eine Anregung:

Obwohl Thomas Schmidinger meine Lehrsichtigkeit offensichtlich als geistige Zumutung empfindet und diese mit der Forderung „Kusch“ zu beenden wünscht – eigentlich ein intellektuelles Armutszeugnis – wäre ich froh, wenn er mich auf den 15 Seiten einer Proseminararbeit unter Verwendung politikwissenschaftlicher Literatur und Methoden davon überzeugen könnte, daß die von ihm inkriminierten Begriffe auf die ethnischen Säuberungen in Bosnien und im Kosovo nicht zutreffen. Diese Gelegenheit

hat er sich bis jetzt freilich entgehen lassen.

Fußnoten:

(1) Unter Genozid fallen nach der Völkermordkonvention der UNO von 1948 Art. II: „eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören: (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe, (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe; (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; (d) die Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind; (e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.“

Laut der Columbia Encyclopedia 2000 wird „concentration camp“ folgendermaßen definiert: „A detention site outside the normal prison system created for military or political purposes to confine, terrorize and in some cases kill civilians.“ Zur Entstehungsgeschichte von Konzentrationslagern Gunnar Heinsohn in seinem Lexikon der Völkermorde, Rowohlt 1999, S. 222: (...) Im Krieg gegen das aufständische Kuba setzt Spanien seinen General Valeriano ein, der im Februar 1896 anordnet, daß „sämtliche Bauern, die nicht als Aufständische betrachtet werden möchten, sich in befestigten Lagern konzentrieren sollten; (...) im Jahr 1901 richtet der britische General Kitchener die ersten Konzentrationslager mit unbestreitbarem Demozidcharakter ein und läßt in ihnen 23 000 burische Frauen und Kinder umkommen.

(2) Im Rahmen der ethnischen Säuberungen wurden in diese Lager gezielt bosnische Muslime verschleppt, dort den unterschiedlichsten Torturen unterworfen und viele von ihnen ermordet.

Henriette Riegler

Mitarbeiterin am Österreichischen Institut
für internationale Politik

NS-Relativierung und Begriffspräzision

Relativierung des Nationalsozialismus und der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen beleidigt die Opfer dieser Verbrechen – die Ermordeten ebenso wie die Überlebenden. Nicht zuletzt deshalb sahen sich HistorikerInnen seit Ende der achtziger Jahre immer wieder gezwungen, Holocaustleugnung und NS-Apologetik nicht nur politisch, sondern auch inhaltlich entgegenzutreten. NS-Verharmlosung tritt in vielen Facetten auf – vom Lob auf die Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches und die “saubere” Deutsche Wehrmacht bis hin zur Minimierung der NS-Verbrechen, deren Leugnung oder aber die Aufrechnung dieser Verbrechen gegen Grausamkeiten oder Untaten anderer Nationen zu anderen Zeiten oder zur selben Zeit. Nicht zufällig greifen rechtsextreme Publizisten gerne die Ausrottung der amerikanischen Urvölkerung oder aber die Bombardierung von Dresden auf, um von der Dimension, der vom Deutschen Reich begangenen Verbrechen, abzulenken.

Bevor jedoch der schwerwiegende Vorwurf der NS-Relativierung erhoben wird, bedarf es einer differenzierten Betrachtungsweise. Worin bestehen die Motive einer tatsächlichen oder vorgeblichen Relativierung: Wird relativiert, um den Nationalsozialismus aus politischen Gründen zu beschönigen, wie es Rechtsextreme aller Schattierungen praktizieren? Soll damit ein bestimmtes Wählersegment angesprochen werden, das die Realität der eigenen Mitverantwortung und der Involvierung der eigenen Familie in die NS-Verbrechen nicht erträgt? Wird aus mangelnder Sensibilität und latenter Sympathie für den Nationalsozialismus die NS-Zeit verharmlost? In keinem Fall ist diese Relativierung zu tolerieren oder unwidersprochen hinzunehmen und – insoweit ist dem Kollegen Schmidinger recht zu geben – sie darf keinen Platz in universitären Lehrveranstaltungen finden, oder unter dem Vorwand des freizügigen wis-

senschaftlichen Diskurses sich verbreiten, wie von angeblich liberalen Gegnern des NS-Verbotsgesetzes postuliert wird.

Doch Völkermord und Lager für politische oder nationale Gegner zu errichten an sich, waren keine nationalsozialistischen Spezifika. Dazu wurden sie erst durch den rassistischen Hintergrund und die zielgerichtete Planmäßigkeit und fabriksmäßige Durchführung des Mordes an Juden und Jüdinnen ebenso wie an Roma und Sinti oder sogenannten “Untermenschen” anderer Nationalitäten, der infolge des damit verbundenen unbedingten Mordwillens selbst gegenüber anderen kriegsnotwendigen Maßnahmen Priorität erhielt. Das nationalsozialistische KZ-System umfaßt wiederum spezifische Elemente, war aber selbst nicht homogen. Wir finden Lager zur Internierung politischer Gegner, z.B. Dachau, ebenso wie eben die so-geannten Vernichtungslager, Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Sobibor, Belzec und andere, neben Lagern, die beide Funktionen mit dem Aspekt der hemmungslosen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft verbanden, wie das Stammlager Auschwitz mit seinen Nebenlagern oder auch Mauthausen in Oberösterreich. In den letzten Jahren befaßten sich HistorikerInnen zunehmend mit den verschiedenen Aspekten der Konzentrationslager, der sogenannten Häftlingsgesellschaft und dem Funktionswandel der Lager zwischen 1933 und 1945. Es werden auch abseits totalitarismustheoretischer Erwägungen Ähnlichkeiten und Unterschiede mit dem System des Gulag in der Sowjetunion herausgearbeitet.

Die Feststellung, es habe auch in anderen historischen Epochen sowie in der Gegenwart Völkermord und KZ-ähnliche Lager gegeben, stellt m. E. damit per se noch keine Relativierung

des Nationalsozialismus dar. Bei der Beschreibung gegenwärtiger Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und solche wurden wohl im Zuge des Krieges im ehemaligen Jugoslawien begangen, auf historische Begriffe zu rekurrieren, kann wohl ebenso nicht als NS-Verharmlosung bewertet werden. Weitere Forschungen zu diesem Krieg werden eventuell die Einführung präziserer Termini ermöglichen oder aber die Verwendung der historischen Begriffe rechtfertigen.

Brigitte Bailer-Galanda,

Lehrbeauftragte am ipw
mit den Schwerpunkten
Rechtsextremismus und Umgang der
Republik Österreich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit;
Historikerin,
Mitarbeiterin des Dokumentationsarchivs
des österreichischen Widerstandes,
Mitglied der 1998 eingesetzten
Historikerkommission der Republik
Österreich.

„Nie wieder Krieg!“ – „Nie wieder Auschwitz!“

Anmerkungen zur Instrumentalisierung des Nationalsozialismus und des Holocaust im Kosovo-Krieg

Hühner-KZ“ ist wohl der obszönste metaphorische Vergleich mit Nationalsozialismus und Holocaust. Er unterscheidet sich aber in seiner naiven Obszönität von politstrategischen Analogien, wie wir sie in der Diskussion um den Kosovo-Krieg in Deutschland erlebt haben.

In Deutschland erfolgt der Diskurs über den Kriegseinsatz deutscher Truppen immer vor dem zentralen Bezugspunkt deutscher Kultur: dem Nationalsozialismus und dem Holocaust. Diese nationale Basiserzählung ist Erklärung und Rechtfertigung ihrer sozialen, politischen und kulturellen Ordnung und ihres Handelns. Aus dieser normativen Erinnerung an die Vergangenheit beziehen die politischen Akteure ihre argumentativen Ressourcen zur Durchsetzung ihrer politischen Interessen. Die beiden im Diskurs über den Jugoslawienkrieg zitierten Lehren lauteten: „Nie wieder Krieg!“ und „Nie wieder Auschwitz!“. Beide normativen Basissätze wurden im Laufe des Jugoslawienkrieges instrumentalisiert, um jeweils gegensätzliche politische Handlungsoptionen zu legitimieren.

Die Lehre „Nie wieder Krieg!“ war der normative Bezugspunkt der damaligen Oppositionsparteien SPD und Bündnis 90/Grüne, als es im Sommer 1995 um die Entscheidung ging, deutsche Tornado-Flugzeuge in Bosnien einzusetzen. Der nunmehrige deutsche Verteidigungsminister Scharping (SPD) lehnte den Tornado-Einsatz mit der Begründung ab, „daß deutsche Soldaten im ehemaligen Jugoslawien nicht eingesetzt werden sollten, da die Erinnerung an die Greuel im Zweiten Weltkrieg nur zu einer Eskalation der Konflikte (...) führen könne“ (zit. nach Schwab-Trapp 2000, 101). Der jetzige

Aussenminister Fischer (Bündnis 90/Grüne) argumentierte vor dem gleichen historischen Hintergrund: „Wir sagen klar nein zu dieser Zäsur (...) Wir wollen keine deutsche Außenpolitik, die die Selbstbeschränkung aufgibt (...) Schon gar nicht wollen wir das dort, wo die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg auf grausamste Art und Weise gewütet hat“ (zit. nach Schwab-Trapp 2000, 102).

Wurde die NS-Vergangenheit im Sommer 1995 von der Opposition als Argument gegen einen deutschen Militäreinsatz in Jugoslawien verwendet, so diente sie 1999 als moralische Begründung für die militärische Intervention im NATO-Krieg um den Kosovo.

Voraussetzung dafür war eine zwischenzeitliche Veränderung der diskursiven Praxis. Die Metaphern des Nationalsozialismus wurden an die Serben weitergegeben und in expressive historische Analogien gefasst: „Milosevic = Hitler“, „serbischer Faschismus“ und – als Höhepunkte der Dramatisierung und damit der Normativierung des eigenen politischen Handelns – „serbische KZs“ und „geplanter Holocaust an den Kosovo-Albanern“. Auf bildlicher Ebene wurde auf das soziale Bildgedächtnis, auf die ikonographischen Symbole für NS-Verbrechen zurückgegriffen: Ströme von flüchtenden Kosovo-Albanern wurden vom „Bild“ mit der Schlagzeile: „Sie führen sie ins KZ“ kontextualisiert; Scharping zeigte Schockfotos von erschossenen Menschen, von denen man nicht wusste, wen sie zeigen und wie bzw. wann sie entstanden waren (Jacob 2000, 172).

Der Holocaust wurde für die deutsche Kriegspropaganda funktionalisiert. Das Wissen über die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager wurde mit Absicht metaphorisiert,

um damit Vertreibung mit Deportationen in Vernichtungslager, Masseninternierungen mit Konzentrationslagern gleichzusetzen und im Namen der Lehre „Nie wieder Auschwitz!“ die militärische Intervention zu legitimieren und sich guten Gewissens in eine neue antifaschistische Koalition einzureihen.

Der rein expressiven, nur auf Parallelen der trivialliterarischen Interaktionssituationen basierende Analogisierung geht es nicht um Vergleich, sondern um Gleichsetzung für politische Zwecke. Denn spielt sich der Vergleich „völlig auf der Ebene sogenannter „Charakter“-Bilder und der Kollektivsymbolik ab, dann dürfte sein Erkenntniswert gleich null sein, umso größer aber sein Affektwert für die Beschaffung guter und schlechter Gewissen“ (Jürgen Link, zit. nach Schulte-Holtey 2000, 145). Und das war ja schließlich auch der Zweck der Übung.

Literatur:

Günther Jacob (2000). Die Metaphern des Holocaust während des Kosovokriegs, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (15), 1, 160-183.
Ernst Schulte-Holtey (2000). Das Ereignis dieses Krieges. Orientierungsversuche im Frühjahr 1999, in: Adi Grewenig/Margret Jäger: Medien in Konflikten. Holocaust-Krieg-Ausgrenzung, Duisburg, 133-148.
Michael Schwab-Trapp (2000). Der deutsche Diskurs über den Jugoslawienkrieg. Skizzen zur Karriere eines moralischen Dilemmas, in: Adi Grewenig/Margret Jäger: Medien in Konflikten. Holocaust-Krieg-Ausgrenzung, Duisburg, 97-110.

Walter Manoschek

Univ.Ass. am Institut für
Staatswissenschaft der Uni Wien

Angststolz

Klaus Ottomeyers "Die Haider Show" – ein herausragendes Psychogramm auf dem Sektor der Haiderologie.

Die Malaise ist nicht eben neu. Politischen Kontrahenten und mißliebigen Intellektuellen mit dem Instrumentarium der Grobvereinfachung zu Leibe zu rücken, hat in der FPÖ und ihrem Dunstkreis Tradition: Aalglatte Feindbildkonstruktionen, Cantos der Ideologie mit Weltanschauung, der tägliche Provokationsreflex der Auseinandersetzung gehören mit zu einem Amalgam des politischen Selbstbildes. Gehamisch war in den letzten Jahren die Beschäftigung mit der Phänomenologie der Freiheitlichen gewesen, im amnesieverwöhnten Österreich ebenso wie in der zusehends scheel werdenden Außenwahrnehmung seines komatösen Zustandes. Dass dadurch auch der politische Buchmarkt eine nicht zu knappe Frischeinjektion erhielt, ist an sich zu begrüßen und – sieht man von allerlei willfähigen Kammerjägern und prophetischen Analysten ab – durchaus mit (politikwissenschaftlichem) Erkenntnisgewinn verknüpft.

Zu den erfreulichsten Publikationen der jüngsten Zeit darf man "Die Haider – Show. Zur Psychopolitik der FPÖ" des Klagenfurter Sozialpsychologen Klaus Ottomeyer zählen, sowohl der Akribie seiner Untersuchung wegen, als auch ob des Kunstgriffs einer gleichsam spektralen Isolierung verschiedener Identifikationsschemata der Öffentlichkeitspräsentation Haiders. Phrase und Wesenszug korrelieren untrennbar: Ein deutschnationales Elternhaus und die Denkschablonen der Erinnerungsverweigerung führen zur Konfliktverlagerung altbekannter Manier – Robin Hood steht hierzulande weit rechts. Über die Taschenspielertricks der Umverteilung, die der Sozialmagier Haider nutzt, rollt Ottomeyer ein Panorama der Problemfelder auf – die kognitive Dissonanz zwischen publikumswirksamen Nebelkerzen der schlichten Angstsubstitution und der tatsächlichen Programmatik (auch die als "treffsicher" vielgepriesene Drei-Säulen – Lösung zur Pensionsreform betreffend) zu skizzieren, ist ungebrochen aktuell, gerade unter dem Gesichtspunkt der budgetären Glanzverpackung für die höchst ungleiche Verteilung der Konsolidierungslasten.

Der Mummenschanz für Modernisierungsverlierer umspielt eine Sozialpolitik der Mehrbelastungen, eine psychosoziale Praxis, die Stehphrasen des Schulterschlusses alltäglich erscheinen lässt – die deliberative Demokratie erliegt, (gab es sie in Österreich jemals, und nicht vielmehr die Steinigungszyklen des Akklamativen?) mit Hannah Arendt gesprochen, einer operativen wie auch einer Sinn-Entleerung, gleichermaßen überrollt von der rassistischen Obstruktion des politischen Diskurses wie der antieuropäischen Wagenburgmentalität. Unter der Plane der Stigmatisierung von KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen und der aggressiven Besetzung des Wählerterrains ist der ideologische Bodensatz, die genuine Sozialisierung Haiders unübersehbar. „Negative Psychoanalyse“ betreibt er, so Ottomeyer, eine versierte Nutzung psychologischer Handhabe, ein Programm das weit über die Punzierung des „rechten Populismus“ hinausreicht, indem es – phallokratischen – Schuldstolz der nationalsozialistischen Prägung mit einem Psalter des österreichischen Chauvinismus kompakt verbindet. Nun haben politische Katechismen hierzulande Tradition und auch antisäkuläre Fortune, devot, heidnisch und skeptisch ist der österreichische Katholizismus, deutschnational und über weite Strecken hierarchisch war der

Protestantismus – wenn sich der Wallfahrtskaplan Christianus, von Freunden wie Feinden gleichermaßen als Fleischwerdung der Gegenreformation bestaunt, nun mit Haider anschießt, die gottgefällige Kirchenreunion als politische Eucharistie auszuspeisen, ist dies mehr als nur eine weitere Manifestation am Haider-Kokon.

Der stilistische Coup, sich auratisch mit maria-theresianischer Geltung zu verbrämen, lukriert ungewöhnliche Synergieeffekte – die Monstranz der österreichischen Kulturation des Schulterschlusses bleibt, latent gleichgesetzt mit der Denkhaltung eines „besseren deutschen Staats“ unvermindert präsentabel. Wehmut suppt aus den Zeilen, wenn Andreas Mölzer unter dem Titel "Blaue Osterweiterer in Sicht" in der Presse(1) unerfüllte Verheißung projiziert: "Die ... gepflogene Piefke-Aversion, nachvollzogen in Haiders Abkehr von der Deutschtümelei und die europapolitischen Interessen der Regierung in Berlin haben dazu geführt, das die ... selbstverständliche deutsch-österreichische Verbundenheit - vorläufig - abgerissen ist." Was den Autor des diesmal als Gastkommentar ausgewiesenen Beitrags nicht daran hindert, der Geopolitik zu neuen Ehren zu verhelfen: "So könnte im Zuge einer EU-Osterweiterung, die primär das östliche Mitteleuropa, den Bereich der ... Habsburger-Monarchie, betrifft, zusammenwachsen, was zusammengehört"(2) – zu guter Letzt noch ein Schäufelchen Austrozentrismus: "Da sollte der Barentaler vielleicht demnächst einmal ein Gespräch mit dem ihm ohnedies wohlgesonnenen Otto von Habsburg führen". Wohin trägt also das "einfache Parteimitglied", hier treuherzig mit feilem Lokalattribut identifiziert, seine Bewegung? Klaus Ottomeyer konstatiert im Schlußkapitel seiner Untersuchung, "Wann hat der Spuk ein Ende?" eine fortdauernde europäische Ächtung Haiders, die Distanz der Partner Österreichs wird in jedem Fall aufrecht bleiben, auch nach der zu einem Gutteil von innenpolitischen Belangen (Euro-Referendum in Dänemark) getragenen Aufhebung der Maßnahmen – kalkuliert liegen die Operatorsbestecke der nächsten Kampagne schon bereit – "Sanktionen"? Passé. Témelin, Benes-Dekrete und Avnoj-Beschlüsse stehen auf der Tagesordnung. Gegen nachbarlich totes Recht lässt es sich trefflich ritzen. Schlußendlich muß die Politik in eben jener deliberativen Demokratie instinktiv die Autonomie gegenüber der gemeinhin als "Volkswohl" oder - man arrangiere nach eigenem Gutdünken - "Volkswillen" bezeichnete Selbst-Affektion des Akklamativen wahren – ein anderer Königsweg existiert nicht.

Ach ja, und durch das Zitatengeröll der Haider-Diktion sei Hubertus Czernins aktualisierter Taschenkalender als handlicher Gourmetführer empfohlen.

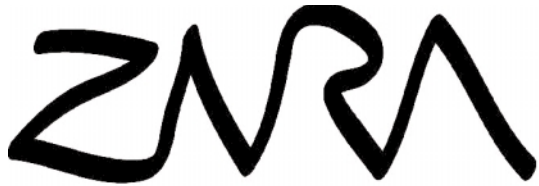
Klaus Ottomeyer: Die Haider – Show. Zur Psychopolitik der FPÖ, Drava, Klagenfurt

Fußnoten:

(1) "Presse" vom 7. September 2000, S.2

(2) Vgl. dazu Andreas Mölzers Feuille "Und wo bleibt Österreich?" zur deutschen Wiedervereinigung, Wien, 1991

Franz Fillafer
Student am ipw
und Mitglied der Redaktion



Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit

Service

Zivilcourage und Null Toleranz für RassistInnen! Auch an der Uni.

Eine Beschmierung in einem Hörsaal der Universität: „Tschuschen raus“... Ein Graffiti: „black is ugly“... ausländische KollegInnen, die von ProfessorInnen oder KommilitonInnen unkorrekt oder herablassend behandelt werden. Und Profs, die in ihren Vorlesungen ungehindert, unhinterfragt und ohne Widersprüche rassistische Inhalte lehren.

Ist das der Alltag an unserer Uni? Wer ist dafür verantwortlich? Wer kann da etwas machen? Wer will überhaupt etwas dagegen unternehmen? Und wie soll das funktionieren?

Oftmals entstehen rassistische Strukturen und sogenannte „fremdenfeindliche“ Äußerungen wie oben beschrieben nur durch stille Duldung aller Beteiligten – und niemand ist nicht beteiligt, auch wenn man „nur“ zugehört, zugeschaut, weggehört oder peinlich übergangen hat, was vorgefallen ist. Tatsächlich gibt es keine Nicht-Beteiligten, wenn es um Rassismus geht: jedeR Studierende, jedeR ProfessorIn ist verantwortlich. Verantwortlich, etwas zu sagen, und wenn es nur: Na, hallo, was soll denn das? ist. Oder: Einen Anruf in der Uni- Wirtschaftsabteilung mit der Bitte um Entfernung von Tisch- und Klo-Beschmierungen zu tätigen. Oder: Beschwerden über Professoren zu machen. Oder: Rassistische Meinungsäußerungen in der Vorlesung nicht einfach

im Raum stehen zu lassen. Oder aber: Sich an die Beratungsstelle für Zeugen und Opfer von Rassismus wenden und diese bitten, etwas zu unternehmen.

ZARA (Verein für Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) betreibt eine Beratungsstelle, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Einzelpersonen, die in irgendeiner Form mit Rassismus konfrontiert wurden, zu betreuen.

Bei ZARA können sich sowohl Opfer als auch Zeugen von Rassismus melden. Das ZARA-Team informiert über rechtliche oder andere mögliche Schritte. Das Team interveniert, wenn gewünscht, oder begleitet KlientInnen beim gemeinsam beschlossenen Vorgehen. In jedem Fall werden alle gemeldeten Fälle systematisch dokumentiert und im Jahresbericht (selbstverständlich anonym) veröffentlicht. ZARA bietet aber auch Schulungen, Informationsmaterial über Rassismus und Besuche/Vorträge in Bildungseinrichtungen an. Das gesamte Service von ZARA ist kostenlos.

Öffnungszeiten Mo, Di, Mi 9.30-13h und Do 16-20h

Tel: Wien 524 99 00-12

Email: zara_vienna@t0.or.at

Homepage: http://zara_vienna.t0.or.at

B Ü C H E R T I P P S

Neue Bücher in der Institutsbibliothek

Jürgen **GEBHARDT**/Herfried **MÜNKLER**:

Bürgerschaft und Herrschaft. Zum Verhältnis von Macht und Demokratie im antiken und neuzeitlichen Denken 24.402

Jan **STANKOVSKY**/Fritz **PLASSER**/Peter A. **ULRAM**:

On the Eve of EU Enlargement. Economic Developments and Democratic Attitudes in East Central Europe 21.778

Doris **JANSSEN**:

Blickwechsel. Der neue Dialog zwischen Frauen- und Männerforschung 24.829

Klaus von **BEYME**:

Kulturpolitik und nationale Identität 21.908

Jan W. van **DETH**/Thomas **KÖNIG**:

Europäische Politikwissenschaft: Ein Blick in die Werkstatt 23.886

Andreas **DÖRNER**:

Politische Kultur und Medienunterhaltung. Zur Inszenierung politischer Identitäten in der amerikanischen Film- und Fernsehwelt 24.867

Carol Lee **BACCHI**:

Women, Policy and Politics 24.192

Angelika **MAGIROS**:

Foucaults Beitrag zur Rassistentheorie 23.258

Israel **GUTMAN**:

Enzyklopädie des Holocaust (4 Bände) 23.583 a-d

Die angegebenen Zahlen sind die Entlehnnummern

Das Sekretariat des ipw Währingerstr. 17

hat neue, durchgehende Öffnungszeiten:

MO 9-15:30

DI 9-17:00

MI 9-15:30

DO 9-15:30

FR 9-12:00

D i p l o m

BetreuerIn	Nachname	Vorname	Thema	Teilgebiet
Bunzl	Farwati	Badran-Bacha	Stämme, Minderheiten und Religionen am Beispiel Syriens	Vergleichende Politik
Bunzl	Hauser	Ruth	Jerusalem und Mostar - Ethnisch geteilte Städte im Vergleich	Vergleichende Politik
Bunzl	Meyer	Reiner	Die Wahrheitskommission als Möglichkeit des Konfliktmanagement von ethnischen Konflikten. Der israelisch-palästinensische Konflikt als Beispiel	Internationale Politik
Bunzl	Wagner	Viktoria	The Palestinian authority's legal system and the Rule of Law	Internationale Politik
Bunzl	Yarar	Veli	Kurdische Bewegungen und die Kurdenpolitik der Türkei	Internationale Politik
Dietrich	Nahdi	Anwar	Nord-Süd Dialog: Die Haltung Indonesiens nach dem Kalten Krieg	Internationale Politik
Gärtner	Broucek	Severin	Amerika und Europa - Gemeinsames Krisenmanagement von NATO und (W)EU	Internationale Politik
Gärtner	Brunner	Cecile	Die WEU vom Militärbündnis zum Krisenmanager?	Internationale Politik
Gärtner	Hohenecker	Henrike	Die Gründungsphase der NATO 1945-1955. Wie wurde die NATO ein Militärbündnis?	Internationale Politik
Gerlich	Friedl	Daniel	Sozialdemokratie in den Zeiten von Globalisierung und Internationalisierung	Internationale Politik
Gerlich	Gluderer	Helmut	EU-Förderungsmaßnahmen und dessen Auswirkungen auf Südtirol (Badewesen/Thermalwesen)	Vergleichende Politik
Gerlich	Lukan	Beata	Transformationsprozeß in der Slowakei	Internationale Politik
Gerlich	Molozej	Agnieszka	Polens Weg in die EU	Vergleichende Politik
Gerlich	Quantschnigg	Catherine	Internationale Politik und Drogenökonomie	Internationale Politik
Gerlich	Weishäupl	Martin	Die Grünen 2001	Österreichisches politisches System
Gottweis	Marakovits	Alexander	Der ÖGB in Brüssel	Vergleichende Politik
Heinrich	Frech	Renate	Lokale Agenda 21. Möglichkeiten und Hemmnisse in der Umsetzung einer Politik der Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene	Internationale Politik
Höll	Friedrichkeit	Thomas	Vergleich der Energiepolitik Österreichs mit GB unter Berücksichtigung der erworbenen Energieträger	Vergleichende Politik
Höll	Günsberg	Georg	"Elektronische Demokratie". Die politische Dimension des Internets in der sogenannten Informationsgesellschaft	Theorie und Ideengeschichte
Höll	Higatsberger	Michaela	Das Phänomen des Verschwindenlassens im Kontext der "ethnischen Säuberungen" in Bosnien-Herzegowina von 1992-1995	Internationale Politik
Höll	Jakowitsch	Judith	Die systematische Vergewaltigung von Frauen im Krieg	Internationale Politik
Höll	Kürkcüoglu	Nahide	Der türkisch-griechische Konflikt im ägäischen Meer	Internationale Politik
Höll	Rohregger	Barbara	Funktionen sozialer Sicherung: Das Verhältnis von formellen und informellen Sicherungssystemen am Beispiel Malani	Vergleichende Politik
Kramer	Schmidt	Paul	Die Rolle der spanischen Sozialdemokratie (PSOE) im Weg Spaniens nach Brüssel 79-86	Internationale Politik
Kramer	Vanoverveld	Peter	The European Union's Common Commercial Policy - The Common Trade Policy and The EU Regime for Bananas	Internationale Politik
Kreisky	Auer	Katrin	Konservative und rechtsextreme Diskurse über/gegen "political correctness"	Theorie und Ideengeschichte
Kreisky	Duezel	Murat	Die Integration von türkischen SchülerInnen in die Wiener Allgem. Pflichtschule von 1985 - 1995	Österreichisches politisches System
Kreisky	Ghalustians	Andranik	Carl Schmitts Staats- und Demokratiekonzeption als Herausforderung für Hans Kelsen und Alfred Weber	Theorie und Ideengeschichte
Kreisky	Ioannidou	Elena	Die Entwicklung von Nationalbewußtsein am Beispiel Zyperns	Theorie und Ideengeschichte
Kreisky	Moser	Cornelia	Privates in öffentlicher Hand	Österreichisches politisches System

arbeiten SS00

BetreuerIn	Nachname	Vorname	Thema	Teilgebiet
Kreisky	Radulovic	Zarko	Der Zusammenhang Sport und Politik bzw. Nationalismus am Beispiel der Bundesrepublik Jugoslawien und der Republik Kroatien	Vergleichende Politik
Kreisky	Sacher	Johanna	Sport und Männlichkeit. Ein Literaturbericht	Theorie und Ideengeschichte
Kreisky	Schröfl	Josef	Die Entwicklung der Rechte indigener Völker Sibiriens	Vergleichende Politik
Kreisky	Sieder	Andrea	Herrschaft und deren Rituale im postmodernen Diskurs	Theorie und Ideengeschichte
Kreisky	Villarme	Nicole	Das Schengener Abkommen, ein neuer eiserner Vorhang zwischen Österreich und Ungarn	Vergleichende Politik
Kreisky	Waldhauser	Ralph	Der Zusammenhang von Sport & Politik bzw. Nationalismus am Beispiel der Bundesrep. Jugoslawien und der Rep. Kroatien	Vergleichende Politik
Müller	Kofler	Wolfgang	Österreichische Bundesländer 1945 - 1996	Österreichisches politisches System
Neisser	Baumann	Wolfgang	Die österreichische Mitteleuropaidée als Raumidee in der EU	Vergleichende Politik
Neisser	Lebitschnig	Alexander	Nationale Politik im Rahmen des globalen Weltmarktes: das Beispiel Deutschland	Internationale Politik
Neisser	Nsumpi	Patiti	Le développement de l'administration publique en Afrique	Vergleichende Politik
Nowotny	Kowald	Sandra	Der Sonderfall Tschechien - die Parteienlandschaft der Tschechischen Republik 1989 - 1999	Internationale Politik
Nowotny	Mussnig	Daniela	Die OSZE-Politik Rußlands im Spiegel außen- und sicherheitspolitischer Entwicklungsmuster	Internationale Politik
Puntscher-Riekmann	Nemeti	Sylvia	Krisenmanagement und Konfliktforschung anhand des Nordirland Konfliktes	Internationale Politik
Rosenberger	Dejanovic	Sonja	Analyse österr. Vorurteile und Stereotypen gegenüber Serbien anhand einer politikwissenschaftlichen Untersuchung der österr. außenpolitischen Akteure in der Zeit des Zerfalls der SFRJ	Österreichisches politisches System
Rosenberger	Wörgötter	Caroline	Die politische Dimension der Langzeitarbeitslosigkeit in Österreich im Kontext der Europäischen Integration	Österreichisches politisches System
Schütz-Müller	Habicher	Andreas	"Schnee aus den Anden". Erfolg und Mißerfolg der UN-Drogenpolitik in Kolumbien, Bolivien und Peru	Internationale Politik
Schütz-Müller	Kittel	Bettina	Chinesische Außenpolitik in der Ära Deng Xiaoping mit besonderer Berücksichtigung der Politik Chinas im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen	Internationale Politik
Stimmer	Braumandl	Wolfgang	Die EU-Kanada Beziehungen: Aktionsplan - Realpolitische Revitalisierung oder reine Rhetorik	Internationale Politik
Tálos	Amreither	Silvia	Jugendpartizipation	Österr. politisches System
Tálos	Geisberger	Tamara	Möglichkeiten und Grenzen von Reformpolitik im Bereich der österr. Lehrlingsausbildung	Österreichisches politisches System
Tálos	Scheiber	Oliver	Industriepolitik in Österreich unter den veränderten Rahmenbedingungen der Globalisierung	Österreichisches politisches System
Tálos	Bolkovac	Martin	Alterssicherung in Kanada und Österreich im Vergleich	Vergleichende Politik
Tálos	Steinmair	Boris	Bürgermeister - Direktwahl	Österreichisches politisches System
Ucakar	Frasz	Christian	Burgenland auf dem Weg in die Europäische Union und die ersten 500 Tage der europäischen Staatengemeinschaft	Österreichisches politisches System
Ucakar	Moser	Judith	Die oberösterreichische Kulturplattform - KUPF. Ein Modell für Österreich?	Österreichisches politisches System

Institut für Staatswissenschaft
1010 Wien, Hohenstaufengasse 9/7
☎ 4277/38301 Fax: 4277/9383

Öffnungszeiten:

Mo, Mi und Fr 9.00 - 12.30 Uhr
Di und Do 9.00 - 16.30 Uhr

SPRECHSTUNDEN WS 2000/01

3. Stock:

Univ.-Prof. Dr. Tálos	Do 16.00 - 17.00
Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Falkner	im Studienjahr 2000/01 beurlaubt!
Vertr.-Ass. Mag. Fink	Do 18.00 - 19.00
Dr. Scherb	Di 15.00 - 16.00

4. Stock:

Univ.-Prof. Dr. Gerlich	Di 14.30 - 15.30
Univ.-Prof. Dr. Ucakar	Di 17.00 - 18.00
Ao. Univ. Prof. Dr. Müller	Mi 12.00 - 13.00
Univ.-Ass. Dr. Manoschek	Do 15.30 - 16.30
Dr. Steininger	nach tel. Vereinbarung (oder e-mail: barbara.steininge@univie.ac.at)

Bibliothek: (Tel: 4277/16413, 16414, 16415)

Öffnungszeiten:

Montag/Mittwoch/Freitag	10.00 - 15.00 Uhr
Dienstag/Donnerstag	10.00 - 17.00 Uhr

Sommerferienbetrieb: Di und Do 10.00 - 15.00 Uhr

Sonstige Ferien: Bitte Aushänge in der Bibliothek beachten

Bücher, die vor 12.00 Uhr bestellt werden, können schon ab 14.00 Uhr ausgegeben werden - anderenfalls erst am nächsten Öffnungstag.

Öffnungszeiten während der Ferien: Entnehmen Sie den Aushängen!

Bücher der **Politikwissenschaft** sind nur Präsenzbestand, können für drei Tage entlehnt werden. Sondergenehmigungen werden grundsätzlich nicht gewährt.

Bücher der **Wirtschaftswissenschaften** werden bis zu 14 Tagen entlehnt, wobei auch die Möglichkeit einer Verlängerung besteht.

Allgemein werden nur bis zu 5 Titel entlehnt.

Institut für Politikwissenschaft*)
1090, Währingerstr.17/5. Stock, Zi.-Nr.: 511
☎: 4277/47702 u. 47703 Fax: 4277/47719

Öffnungszeiten des Sekretariats:

Montag, Mittwoch, Donnerstag 9.00 Uhr - 15.30 Uhr
Dienstag 9.00 Uhr - 17.00 Uhr
Freitag 9.00 Uhr - 12.00 Uhr

Sprechstunden:

Univ.-Prof. Dr. Eva **Kreisky**

Institutsvorständin Dienstag, 13.00 - 14.00 Uhr

Währingerstr. 17/5. Stock/Zi.-Nr.: 509; e-mail: Hannelore.Eva.Kreisky@univie.ac.at

Achtung: Für sonstige Termine unbedingt Anmeldung über das Sekretariat (Tel.: 4277/47702)

Univ.-Ass. Dr. Regina **Köpl** Mo 16.00 - 17.00 Uhr

Währingerstr. 17/5.Stock/Zi.-Nr.: 507; 4277/47711; e-mail: Regina.Koepl@univie.ac.at

Univ.-Ass. Mag. Petra **Purkarthofer** Mo 15.00 - 16.00 Uhr

Währingerstr. 17/5.Stock/Zi.-Nr.: 506; 4277/47714; e-mail: Petra-Purkarthofer@univie.ac.at

Univ.-Ass. Dr. Birgit **Sauer** Mi 11.00 - 12.00 Uhr

Währingerstr. 17/5.Stock/Zi.-Nr.: 508; 4277/47712; e-mail: Birgit.Sauer@univie.ac.at

Univ.-Prof. Dr. Sieglinde Katharina **Rosenberger**

Vorsitzende der Studienkommission Mi 12.00 - 13.00 Uhr

Währingerstr. 17/5.Stock/Zi.-Nr.: 512; 4277/47715; E-mail: Sieglinde.Rosenberger@univie.ac.at

Lektoren/Lektorinnen sowie Honorar- und Titularprofessoren sind vor bzw. nach ihren Lehrveranstaltungen erreichbar. Sprechstunden sind auch den Aushängen zu entnehmen.

*) Das Institut für Politikwissenschaft ist unter zwei Adressen bzw. in verschiedenen Gebäuden untergebracht.

Institut für Politikwissenschaft
Währingerstr. 28/2. Stock, Zi.-Nr. 106 - 109
☎: 4277/47701 u. 47706 Fax: 4277/9477

Öffnungszeiten des Sekretariats:

Montag, Dienstag, Mittwoch 9.00 - 12.00 Uhr und 13.30 Uhr - 16.00 Uhr
Donnerstag 9.00 - 16.00 Uhr
Freitag 9.00 - 12.00 Uhr

Sprechstunden:

Dr. Johann **Dvorák**

Stellvertr. Institutsvorstand Do 13.30 - 14.30 Uhr

Währingerstr. 28/2.Stock/Zi.Nr. 204; 4277/47730; e-mail: Johann.Dvorak@univie.ac.at

Univ.- Prof. Dr. Heinz **Gärtner**

Gastprofessor Mi 16.00 - 17.00 Uhr

Währingerstr. 28/2.Stock/Zi.Nr. 207; 4277/47722; e-mail: Heinz.Gaertner@univie.ac.at

Univ.- Prof. Dr. Herbert **Gottweis**

Stellvertr. Institutsvorstand Do 15.00 - 16.00 Uhr

Währingerstr. 28/2.Stock/Zi.Nr. 208; 4277/47723; e-mail: Herbert.Gottweis@univie.ac.at

Univ.- Ass. Dr. Josef **Melchior** Mo 13.00 - 14.00 Uhr

Währingerstr. 28/2.Stock/Zi.Nr. 203; 4277/47731; e-mail: Josef.Melchior@univie.ac.at

Ao. Univ.-Prof. Univ.-Doz. DDr. Ingfrid **Schütz-Müller**

Auslandsanrechnungen Mi 11.00 - 13.00 Uhr

Währingerstr. 28/2.Stock/Zi.Nr. 206; 4277/47721; e-mail: Ingfrid.Schuetz-Mueller@univie.ac.at

Univ.- Lektor Dr. Fritz **Windhager**

Stellvertretender Vorsitzender der Studienkommission

Fächerkombinationen, Anrechnungen Inland Mi 17.00 - 19.00 Uhr

Währingerstr. 28/2.Stock/Zi.Nr. 201; 4277/47733; E-mail: Fritz.Windhager@univie.ac.at